



Foto: Katja Xenikis - Fotolia.com



4 **BERLIN; DEBATTE MIETEN**

6 **Wohnen muss bezahlbar sein – Position des Berliner Mietervereins**

Reiner Wild

8 **Ärger mit der Miete – Heute nicht besser als vor 150 Jahren?**

Johannes Wätzmann

10 **Bezahlbarer Wohnraum geht vor Ferienwohnungen**

Katrin Schmidberger

11 **Die Grüne Großstadtkonferenz**

Bettina Jarasch & Daniel Wesener

12 **Die inklusive Schule – Heterogenität als Normalfall**

Özcan Mutlu

13 **Jedes Kind ist gleich wichtig**

Christian Kölling

14 **Gute Idee, schlechte Umsetzung?**

Susanne Wollin-Giering

16 **Zehn Jahre rbb – Bilanz zum Rundfunk Berlin Brandenburg**

Alice Ströver

18 **Berlin und Brandenburg – Da geht noch was**

Franziska Eichstädt-Bohlig

21 **Naturschutz in der Stadt**

Dr. Turgut Altug

22 **Anders Wirtschaften – Wandel gemeinsam gestalten**

Bettina Jarasch & Carola Wesbuer

24 **Franz Schulz – ein Abschied, ein Rückblick**

Interview von Michaela Groß, Beitrag Matthias Tang

26 **Mitgliederentscheid zur Wahl – vor Ort in Pankow**

Matthias Tang, Uta Belkuis

28 **Aus den KVen und LAGen – Auftakt Mitgliederplattform**

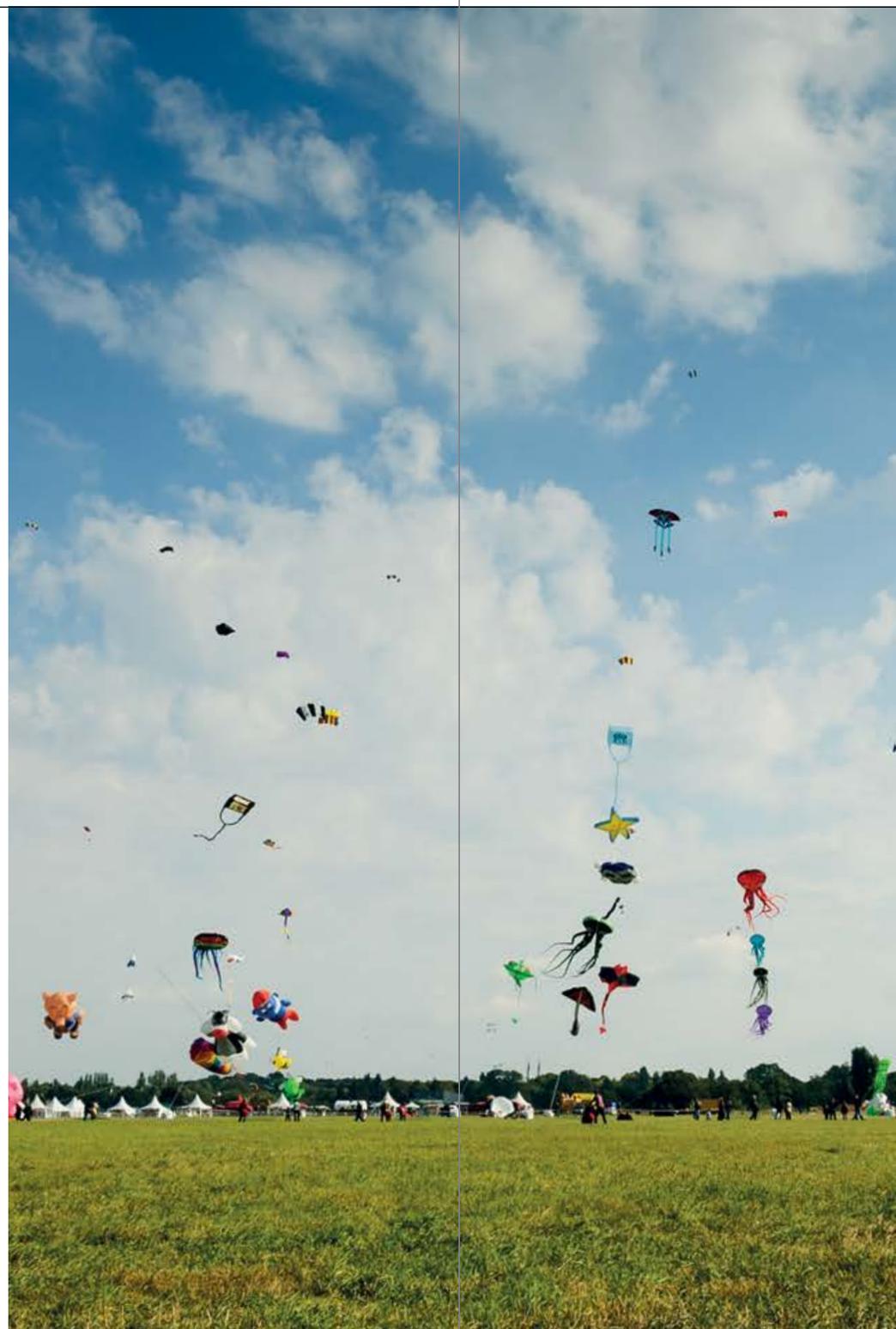
*LAG Energie, KV Hellersdorf,
LAG Umwelt, LAG QueerGrün,
LAG Bio- und Gentechnik,
GRÜNEJUGEND, KV-Mitte*

30 **Aus unserer Fraktion – Projekte, Debatten, Infos**

*Ramona Pop, Andreas Otto,
Nicole Ludwig, Michael Schäfer,
Sabine Bangert, Antje Kapek,
Dr. Turgut Altug*

34 **wichtige Berliner Bündnis 90/Die Grünen-Adressen**

*Landesarbeitsgemeinschaften,
Kreisverbände, Termine*



Drachenfest Tempelhofer Flugfeld © Abbilder, Flickr CC

Liebe Freundinnen und Freunde,

Unsere Zeitschrift bleibt ein Work-in-Progress. Wir erscheinen aus Kapazitätsgründen zwar seltener, versuchen aber dennoch, Euch wie gehabt geballte Informationen aus unserem Grünen Berliner Leben zu liefern und stricken parallel weiter an unserem redaktionellen Konzept. --- In dieser Ausgabe gibt es erstmalig die Rubriken „Aus den KVen und LAGen“ sowie „Aus der Fraktion im Abgeordnetenhaus“. Der Ruf der Politik ist nach wie vor schlecht. Es lohnt aus unserer Sicht, ausführlich und mit Hintergrund über Projekte, Kämpfe und Hingabe zu berichten. In Zukunft können wir uns auch einen Marktplatz mit Veranstaltungstipps, Buchhinweisen oder anderen Informationen rund um Grüne Politik und Grünen Alltag vorstellen. --- Das erste Mal bieten wir die „Argumente“ auf unserer Website als interaktives PDF an > <http://gruene-berlin.de/partei/stachlige-argumente>

Zum Inhalt dieses Ausgabe Hauptthema ist unser Berliner Wahlkampfeswerpunkt: Wohnungspolitik – Sachstand, Chancen, Möglichkeiten, dringende Ziele. Wie kann eine gerechtere Wohnungswirtschaft aussehen? Den Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild, haben wir gebeten, die Sicht des Mietervereins zu schildern. Außerdem geht es in unserem Schwerpunkt um Genossenschaften und die Zweckentfremdung von Wohnraum. --- Die UN-Behindertenkonvention fordert das gemeinsame Lernen von Behinderten und Nicht-Behinderten Kindern. Wir fragen, wie steht es damit in Berlin? --- Seit Januar greift die neue Gebührenordnung für den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Anlass, einmal genauer hinzuschauen, wie es um „unsere“ öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, den RBB, steht. --- Um die Fusion von Berlin und Brandenburg ist es still geworden. Aber an gemeinsamer Planung und Abstimmung führt kein Weg vorbei. Auch dies ein Thema in diesem Heft. --- Außerdem: Die neuen Rubriken (siehe oben) sowie ein paar Infos zum Ausgang des Mitgliederentscheid zu unseren Schlüsselprojekten.

Wieder viel Spaß beim Lesen und wie immer freuen wir uns über Feedback: stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Uta Belkuis, Matthias Tang

Berlin; Debatte Mieten

➔ IBB Wohnungsmarktbericht 2012

Belegungsdichte (Einwohner je Wohnung): 1,84
1,14 Mio. Berliner Haushalte (57 %) sind
berechtigt, eine **Sozialwohnung** zu beziehen.
162.000 Sozialwohnungen (8 %)
122.000 belegungsgebundene Wohnungen
28.000 mietpreisgebundene Wohnungen

Die durchschnittliche Mietbelastung des
Haushaltsnettoeinkommens beträgt 23 %
Angebotsmieten 7,40 € Nettokalt/m² Wohnfläche
entspricht Plus von 14 % zu 2010 (Durchschnitt)
Angebotskaufpreise Eigentumswohnungen
2.200 €/m² Wohnfläche = +19,6 % zu 2010



Foto: jmdphoto / photocase.com

Seit mehreren Jahren registrieren wir einen stärkeren Anstieg der Mieten – ernste Signale eines wachsenden Missverhältnisses von Angebot und Nachfrage auf den Berliner Wohnungsmarkt. Mit Hinweis auf einen angeblich massiven Wohnungsleerstand wurden lange jegliche Eingriffsnotwendigkeiten abgestritten. An die Wohnungswirtschaft und potentielle Investoren erging die Botschaft, dass es in Berlin keiner zusätzlichen Anstrengungen bei der Wohnungsversorgung bedarf.

Mit der Bildung der neuen Landesregierung fand dann ein Wechsel zu einer aktiveren Wohnungspolitik im Land Berlin statt, nachdem im Wahlkampf die Probleme auf dem Wohnungsmarkt einen immer höheren Stellenwert erhielten. Allerdings zeichnet sich weiterhin nicht ab, dass dem Kern der Wohnungsmarktmisere hinreichend Aufmerksamkeit geschenkt würde: Die geringen Einkommen wesentlicher Teile der Berliner Bevölkerung und auch der Zuwanderer, die eine höhere Wohnkostenbelastung zu einem zentralen sozialen Problem Berlins werden lassen. Deshalb sind sowohl in der Neubau- wie in der Bestandspolitik deutliche Korrekturen notwendig. Aller-

dings: Auch bei verstärkten Anstrengungen des Senats und der Bezirksämter wird ohne eine Änderung des Mietrechts und anderer bundesgesetzlicher Rahmenbedingungen eine sozial orientierte Stadtentwicklung nicht zu erreichen sein.

Wohnungsneubau: notwendig, aber kein Allheilmittel

Die Bevölkerung Berlins ist in den Jahren 2010-2012 um etwa 100 000 auf mehr als 3,2 Millionen angewachsen. Berlins Wohnungsmarkt braucht daher mehr Wohnungen. Da nur ein kleiner Teil dieses Defizits über den Bestand abgebaut werden kann, braucht Berlin auch mehr Neubau, als in den vergangenen Jahren. Zwar wurden zwischen 3.000 und 3.500 Wohnungen in den vergangenen Jahren bezugsfertig. Aber wegen eines gleichzeitig nicht unerheblichen Abgangs von Wohnungen ist netto für den Wohnungsmarkt kaum etwas übriggeblieben. Noch schwerwiegender wiegt, dass das neugeschaffene Wohnungsangebot für die Mehrheit der Wohnungssuchenden unerreichbar ist, da vorwiegend Eigentumswohnungen oder hochpreisige Mietwohnungen entstanden. Wegen der fehlenden Kappung bei Wiedervermietungen ist nicht damit zu rechnen, dass am Ende durch Umzugsketten auch Haushalte mit mittleren oder niedrigen Einkommen profitieren. Aus Sicht des Berliner Mietervereins bedarf es Maßnahmen, die zur Erhöhung des Wohnungsangebotes führen, soweit sie einer sozialen und nachhaltigen Stadtentwicklung dienen. **Neubau ist kein Allheilmittel für Berlins Wohnungsmarktprobleme. Ein rechnerischer Ausgleich von Angebot und Nachfrage ist kurzfristig ohnehin nicht zu erreichen. Die vorgesehene Angebotsausweitung wird keinen nachhal-**

tigen Effekt auf das Mietpreisniveau erzielen. Denn der Anteil öffentlich geförderter Neubauten mit Preis- und Belegungsbindungen bleibt aufgrund der beschränkten Ressourcen im Berliner Landeshaushalt gering. Nach dem bisherigen Stand der Diskussion sind Mietpreis reduzierende öffentliche Fördermittel in Höhe von nur 32 Millionen Euro jährlich geplant. Damit dürften nicht einmal 500 Wohnungen pro Jahr mit Preis- und Belegungsbindungen zu fördern sein.

Beim preisgünstigen Wohnungsneubau setzt der Senat in erster Linie auf die städtischen Wohnungsunternehmen, die diese Aufgabe voraussichtlich ohne öffentliche Mittel stemmen sollen. Noch zeichnet sich nicht ab, in welchem Umfang in Berlin private Eigentümer bzw. Vermieter an der zusätzlichen Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum herangezogen werden sollen. Private Investoren werden öffentliche Fördermittel verweigern, weil der Abstand zwischen den Darlehen der öffentlichen Hand und den niedrigen Kapitalmarktzinsen gering ist und aus Sicht der privaten Investoren die Verfügungsmöglichkeiten durch staatliche Hilfen zu stark eingeschränkt werden. Darüber hinaus werden private Investoren nur zu geringem Prozentsatz Neubauwohnungen mit Miethöhen für breite Schichten zur Verfügung stellen wollen oder können. Auch über städtebauliche Verträge bei Baurechtsschaffung wird man auf dem Berliner Markt nur begrenzt durch Quersubventionierung der Investoren nachfrageoptimale Wohnungen bekommen, da die Anzahl der Haushalte, die hohe Mieten bezahlen können, beschränkt ist. Nicht nur auf dem Berliner Wohnungsmarkt fehlen Eigentümer, die sich einer sozialen Wohnraumversorgung „verschreiben“.

Kein Zurück zum alten Sozialen Wohnungsbau

Ein Zurück zum Sozialen Wohnungsbau ist der falsche Weg. Staatliche Finanzierungshilfen für den Neubau sollen den preis- und belegungsgebundenen Bestand ausweiten und den gemeinwirtschaftlichen Sektor stärken. Objektzuschüsse für den Neubau müssen nicht notwendig zu Bindungen in den neugebauten Objekten führen; sie können auch mit größerer Breitenwirkung im Wohnungsbestand verankert werden. Bei knappen öffentlichen Mitteln können die Zielgruppen einer ernsthaft sozialen Politik nicht mehr die „breiten Schichten der Bevölkerung“ sein. Die bisherigen Berliner Einkommensgrenzen für den Bezug von Sozialwohnungen sind zu hoch, weil sie einen Verteilungskampf unter Mietern produzieren, in dessen Folge Haushalte mit niedrigen Einkommen oder sonstigen Zugangsbeschränkungen in der Regel unterliegen.

Der Neubau ist der teuerste Weg zur Schaffung von Preis- und Belegungsbindungen. Deshalb sind öffentliche Fördermittel auch zu Senkung von Modernisierungskosten (insbesondere bei der energetischen Sanierung) einzusetzen, um im vorhandenen Gebäudebestand zusätzliche Preis- und Belegungsbindungen zu erhalten. Der Wiedereinstieg in eine öffentliche Förderung von Wohnungsneubau ist zudem nur vertretbar, wenn gleichzeitig Lösungen für die Mieter gefunden werden, die in bestehenden Gebäuden des Sozialen Wohnungsbaus auf preiswertes Wohnen angewiesen sind. Deshalb bedarf das 2011 in Kraft getretene Wohnraumgesetz Berlin dringend einer grundlegenden Korrektur.

Das Instrument der Richtsatzmiete mit Abstandsgebot zu den ortsüblichen Vergleichsmieten des preisfreien Wohnungsmarktes muss endlich genutzt werden.

Erweiterung eines langfristig sozial gebundenen Sektors

Staatliche Hilfen für den Wohnungsbau dürfen kein Notnagel für den Augenblick sein. Sie müssen einen Beitrag zur langfristig orientierten Schaffung eines gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbestands leisten, der nachhaltig der Spekulation entzogen ist. Als Adressaten der Förderangebote kommen vorzugsweise städtische Wohnungsunternehmen, Stiftungen und Genossenschaften in Frage. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie ausschließlich nur diesen Investoren gewährt werden. Ein Weg zur Stärkung des sozial gebundenen Sektors könnte die Schaffung von revolvingierenden Wohnungsbaufonds in Kombination mit Vereinbarungen sein, die mit dem Empfänger der staatlichen Hilfen getroffen werden.

Mit einer Mietrechtsinitiative den Reformstau beheben

Die kürzlich vom Bundestag beschlossene Mietrechtsänderung zur Begrenzung von Mieterhöhungen im Bestand reicht nicht aus. Der Berliner Senat hat erfreulich schnell von der Ermächtigung Gebrauch gemacht, die bisherige Kappungsgrenze von 20 Prozent in drei Jahren auf nun maximal 15 Prozent in drei Jahren zu senken. Die Neuregelung des Mietrechts geht an den wichtigsten Anforderungen und Problemlagen des Wohnungsmarktes vorbei. Um den noch preiswerten Wohnungsbestand zu sichern, ist eine Kappung der Miethöhe bei höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete bei Wiederver-

mietung dringend erforderlich. Zudem müssen die die Mieterhöhungen nach Modernisierung reformiert werden. Die Mieterhöhung auf Basis von 11 Prozent der Investitionskosten ist nicht mehr zu rechtfertigen. Für Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung soll für eine Übergangszeit ergänzend ein pauschalierter Investitionszuschlag zugelassen werden, der abhängig ist von der erreichten Energieeinsparung.

Zweckentfremdung und Umwandlung wirksam verhindern

In Berlin ist die Mobilisierung von Wohnungen, die vorwiegend aus spekulativen Gründen leer stehen, kurzfristig notwendig und möglich. Das Verbot einer Zweckentfremdung von Wohnraum muss wieder flächendeckend für ganz Berlin eingeführt werden, um dem zusätzlichen Verlust von Wohnungen durch Umnutzung in Ferienwohnungen und Gewerberäume sowie Abriss entgegen zu wirken und um den spekulativen Wohnungsleerstand zu vermeiden. Die Ausweitung von Gebieten mit sozialer Erhaltungsverordnung und der Erlass von Genehmigungsvorbehalten bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in diesen Gebieten sind als flankierende Maßnahmen zwingend. In diesen Gebieten soll ebenfalls die Nutzungsänderung stärker verfolgt werden und vom Vorkaufsrecht durch die Bezirke Gebrauch gemacht werden. Hier sind die Bezirke gefragt, die jedoch bis auf wenige Ausnahme noch in wohnungspolitischer Lethargie verharren.

Reiner Wild, Geschäftsführer Berliner Mieterverein e.V.

➔ Mieterstadt Berlin

Quelle: Zensuszahlen, erhoben im Mai 2011, veröffentlicht im Mai 2013

Wohnungen in Berlin	1 892 321
durchschnittl. Größe Berlin	72,1 m ²
durchschnittl. Größe Deutschland	90,6 m ²

Mietwohnungen in Berlin	1 538 335
= 81,5% (Deutschland 52,3%)	
leer stehend = 3,6%, (Deutschl. 4,5%)	66 962

Baujahr 1919 oder früher (27,6%)	522 200	seit 1990 gebaut	63 486
in Privatbesitz (29%)	548 501	davon Einfamilienhäuser	45 985
mit Zentralheizung	886 617	Ferienwohnungen mindestens	15 000
mit Fernwärme	631 641		

Wer kennt ihn nicht, den alten Satz: „Wer aus der Geschichte nicht lernt, der ist dazu verdammt sie zu wiederholen.“ Auch aus der Geschichte der Wohnungswirtschaft können wir einiges lernen. Mietsteigerungen, Wohnungsmangel und Spekulation sind schließlich keine Phänomene unserer Zeit. Nein, sie kamen immer wieder und Berlin stand immer wieder im Mittelpunkt des Geschehens.

So führte die Spekulation mit Grund und Boden nach dem Deutsch-Französischen Krieg dazu, dass die Grundstückspreise explodierten und in dessen Folge auch die Mieten. Eines der Zentren dieser Spekulation war Berlin (bzw. das Gebiet des heutigen Berlins). Diese Steigerungen, die insbesondere von viele Berliner Arbeiterfamilien nicht mehr bezahlt werden konnte, drängte Tausende von ihnen über Nacht in die Obdachlosigkeit.

Wegen dieser Entwicklung bildeten sich Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Gruppierungen von Akteuren, die für den Bau von Wohnungen für breitere Schichten der Bevölkerung eintraten. Sie wollten mit einem nicht-gewinnorientierten Wohnungsbau, einen – wir würden heute sagen – Sozialen Wohnungsbau schaffen. Die Idee der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften mit freiwillig übernommenen Bindungen war geboren. Das erste gemeinnützige Wohnungsunternehmen war eine Baugenossenschaft, die der Sozialreformer Viktor Aimé Huber 1847 in Berlin gründete.

Berlin, damals wie heute ein besonderer Brennpunkt der Wohnungsnot, wurde auch zum Ausgangsort der deutschen Bodenreformbewegung unter dem Berliner Adolf Damaschke. Damaschke hatte sich intensiv mit den Tätigkeiten der Investoren seiner Zeit, den „spekulativen Terraingesellschaften“ auseinandergesetzt. Es widerstrebt seinem Gerechtigkeitsempfinden derart, dass er nicht einfach bezahlbare Wohnungen forderte, sondern gleich die Systemfrage stellte. Er wollte das Bodenbesitzrecht, wie das Grundstücksrecht damals hieß, vollständig reformieren und dessen Besteuerung gleich mit. So initiierte er 1898 die Gründung des „Bundes deutscher Bodenreformer“ dessen Vorsitzender er bis zu seinem Tod 1935 war. Für sie war die „Grund- und Bodenfrage“ der Kern der Sozialen Frage. Sie lehnten Gewinnstreben aus dem Grundeigentum heraus ab – zumal dies sogar noch geringer besteuert war als Arbeit. Sie vertraten den Standpunkt, dass Grund und Boden Grundlage aller Existenz ist und dieser seinem eigentlichen Zweck dem Wohnen und Arbeiten dienen müsse und nicht als Spekulationsobjekt missbraucht werden darf. Dafür hat der Staat mit Gesetzen Sorge zu tragen. Wie andere dieser Zeit forderte auch Damaschke eine Besteuerung auf den Wertzuwachs von Grundstücken. Die durch Wertzuwachs und nicht durch Arbeit erzielten Gewinne sollten so soziales Eigentum werden. Die dadurch erzielten Steuereinnahmen müssten wiederum für den Wohnungsbau und die Linderung sozialer Not eingesetzt werden. Mit dieser Umverteilung sollten die sozialen Spannungen gemildert werden. Das alles liegt lange zurück und klingt doch absolut aktuell, auch wenn die Notlage der betroffenen MieterInnen oft noch härter war als heute.

Die Bodenreformer erreichten beachtliches, auch wenn sie nicht alles durchsetzen konnten und auch das Grundstücksrecht nicht grundlegend veränderten. Der wohl größte Erfolg war die Durchsetzung des Heimstättengedankens. Dies bedeutete, dass im Gegenzug für die Durchsetzung bodenpolitischer Ziele, also Schaffung von Wohnraum für bestimmte Personengruppen, es diverse Vergünstigungen gab, z.B. die Befreiung von Steuern und Abgaben oder auch einen eingeschränkten Schutz vor der Zwangsvollstreckung. Die Übernahme ihrer Forderungen in die Weimarer Verfassung (Art. 155), war dann ein großer Erfolg.

Davon ist heute nur wenig geblieben. Das Reichsheimstättengesetz und auch die Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft wurden Anfang der 90er Jahre abgeschafft. Übriggeblieben sind nur noch die gemeinnützigen Vermietungsgenossenschaften. Die vielen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften die wir heute kennen, sind es meist nur noch dem Namen nach. Viele verfolgen keine wohnungspolitischen Ziele mehr.

Was haben wir bis heute gelernt? Müssten wir frustriert sein? Hätten wir nicht vieles besser wissen können und sollen? – Ja. Nur kann dies kein Grund zum Stillstand sein, im Gegenteil. Wir sehen damals wie heute sind es die BerlinerInnen, die Lösungen für das „Mietenproblem“ suchen und – noch wichtiger – sie auch finden. Die Kombination aus allen wohnungspolitischen Instrumenten macht den guten Mix aus – nach wie vor. So ist es durchaus sinnvoll, die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft zu prüfen, wenn es im Gegenzug bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung gibt. Es kann auch



Zeichnung: Freimut Woessner

nicht sein, dass Immobilien nur ein Steuerspar- und Renditemodell sind, wenn es nicht gleichzeitig für einen Nutzen für die Allgemeinheit gibt. Hilfe zur Selbsthilfe wird es wohl nicht für die breite Masse geben können, aber Beispiele wie die Bremer Höhe im Prenzlauer Berg zeigen, was möglich ist. Hier haben sich die MieterInnen zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen um ihr Wohnensemble zu kaufen. Das könnten wir öfter erreichen, wenn wir das Vorkaufsrecht für Mieterge-

meinschaften schon hätten. Auch den aktuell viel diskutierte Neubau, wird der Staat nicht alleine leisten. Könnte er auch nicht, die Aufgabe wär für den Staat alleine schlicht zu groß. Für die Umsetzung wohnungspolitischer Ziele, beim Neubau und genauso wie im Bestand, brauchen wir nachhaltig wirtschaftende Unternehmen. Genossenschaften und eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft können wesentlich dazu beitragen. Kurzfristig, renditeorientierte Unternehmen werden dies

nicht leisten können oder wollen, aber auch sie sollten zumindest einen wichtigen Beitrag erbringen – nämlich Steuern zahlen, eine soziale Wohnungspolitik kostet schließlich auch etwas Geld.

Johannes Wätzmann, Sprecher AG Bauen

Beispiel **Erbbaurecht** > Um Grundstücke der Spekulation zu entziehen werden sie nicht verkauft, sondern in Erbpacht vergeben. Eigentümer des Gebäudes und des Grundstücks sind dann zwei verschiedene Personen, die miteinander den Erbbaurechtvertrag schließen. Dieser läuft i.d.R. über

99 Jahre und legt für diesen Zeitraum, juristisch verbindlich, die Nutzung fest. So bleibt bei einem Verkauf – egal ob Haus oder Boden – die Nutzung weiterhin verbindlich. In Berlin wird dies von einigen Stiftungen (trias, Edith Maryon, u.a.) praktiziert, sie vergeben Erbbaurechte an Projekte die

z.B. bezahlbaren Wohnraum für benachteiligte Personenkreise schaffen oder sich einer ökologische Bauweise verpflichten. Auch kulturelle Projekte werden so gefördert und erhalten, wie der Schokoladen e.V. in Mitte. Johannes Wätzmann

Das **Wohnungsgemeinnützigkeitgesetz (WGG) in Österreich** ist nach Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit in Deutschland das einzige seiner Art in Europa. Die nach dem WGG errichtet Wohnungen müssen kostendeckend vermietet werden. Anders als die deutschen Kostenmieten, die sich aus pauschalen, kalkula-

torischen und tatsächlichen Kosten zusammensetzen, dürfen hier nur tatsächliche Kosten angesetzt werden, die detailliert gegenüber den MieterInnen abgerechnet werden müssen. Die Wohnungen werden zumeist über staatliche Wohnungsbauprogramme gefördert, was die Mieten zusätzlich subventioniert. Es gibt noch

weitere (aus unserer Sicht) Besonderheiten bspw., dass unter bestimmten Voraussetzungen für die MieterInnen einer geförderten Wohnung, die Möglichkeit besteht diese zu einem Fixpreis zu erwerben. Johannes Wätzmann

Ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum ist überfällig. Bis zu viermal mehr Miete bekommen Vermieter, wenn sie ihre Wohnung als Ferienwohnung anbieten, also Wohnraum zweckentfremden. Insgesamt soll dies bei bis zu 18 000 Berliner Wohnungen der Fall sein, die sich vor allem auf das Gebiet innerhalb des S-Bahnringes konzentrieren. Bis Ende 2001 musste sich ein Vermieter eine solche Umwidmung des Wohnraums noch genehmigen lassen.

Fehlende politische Steuerung in der Wohnungspolitik, eine steigende Anzahl der Ein-Personen Haushalte und dem erfreulichen Zuzug haben in Berlin zu einer Verknappung von Wohnraum geführt. Besonders bemerkbar macht sich der Mangel in den unteren und mittleren Preissegmenten. Daher ist es dringend geboten, dass Wohnraum nicht mehr frei und uneingeschränkt dem Mietwohnungsmarkt entzogen werden kann. Mit einem gesetzlichen Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum kann die Verringerung des vorhandenen Wohnraumbestandes eingeschränkt werden. Leere Versprechungen von Rot-Schwarz. SPD und CDU haben zwar in ihrem Koalitionsvertrag den MieterInnen Abhilfe versprochen. Doch sie blockieren sich seit Monaten gegenseitig, obwohl es bereits seit Mai 2011 einen Beschluss des Abgeordnetenhauses gibt. Weil die Zeit drängt, haben wir als Grüne Fraktion am 31. Januar dieses Jahres einen eigenen Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht.

Es gibt zwei wesentliche Unterschiede zwischen dem grünen Entwurf und den Ankündigungen des Senats: Wir wollen die Zweckentfremdungsverbotsverordnung auf die ganze Stadt ausdehnen und wir wollen die rückwirkende Anwendung dieses Gesetzes auf

die letzten zehn Jahre ermöglichen. Beides will der Senat nicht. Das Gesetz stadtweit anzuwenden ist notwendig, weil die Verengung des Wohnungsmarktes in ganz Berlin bereits eine kritische Schwelle überschritten hat. Und wir müssen davon ausgehen, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt noch weiter verschärfen wird. Selbst der Senat hat mit der «Kappungsgrenzen-Verordnung» die Mangellage eingestanden. Damit wurden in Berlin die Mieterhöhungsmöglichkeiten bei BestandsmieterInnen von 20 auf 15 Prozent in drei Jahren abgesenkt.

Der stadtweiten Anwendung eines Verbots von Zweckentfremdung gehen die Erfahrungen aus anderen Städten voraus. Hamburg hat bei der Beschränkung eines Zweckentfremdungsgesetzes auf einzelne Bezirke bzw. Teile der Stadt negative Erfahrungen gemacht. Daher will der Hamburger Senat nun das gesamte Stadtgebiet unter das Gesetz stellen. Berlin sollte daraus lernen. Es besteht die Gefahr, dass Rot-Schwarz sich lediglich auf die sogenannten Innenstadt-Bezirke beschränkt. Bezirke wie Neukölln oder Lichtenberg stehen auch heute schon durch die Zweckentfremdung von Wohnraum in den benachbarten Bezirken umso attraktiver machen. Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf dagegen werden das Gesetz erst einmal nicht anwenden müssen, weil dort noch keine Zweckentfremdung stattfindet.

Auch rückwirkend prüfen
Unser Entwurf sieht verlangt, dass eine Genehmigung auch für bereits zweckentfremdete Wohnungen beantragt werden muss. Damit können die vielen in den letzten Jahren errichteten Ferienwohnungen in den Innenstadt-Bezirk

überprüft werden. Ob eine Genehmigung erteilt wird, soll im Ermessen der zuständigen Bezirksämter liegen. Der Vertrauensschutz wird also nicht generell aufgehoben, sondern darüber wird im Einzelfall von den Bezirksämtern entschieden. Diese müssen gerichtsfest nachweisen, dass durch die Zweckentfremdung vorrangige öffentliche Belange (z.B. Kitas) oder schutzwürdige private Interessen (z.B. Existenzbedrohung) das öffentliche Interesse an der Erhaltung des betroffenen Wohnraums nicht überwiegen. Wir schlagen eine Rückwirkung bis 2002 vor, denn bis dahin gab es den Genehmigungsvorbehalt, daran könnten die Bezirksämter nahtlos anknüpfen. Wenn dann Bezirksämter z.B. feststellen, dass andere MieterInnen durch die intensive Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen stark beeinträchtigt werden oder die/der VermieterIn aufgrund der höheren Renditeerwartung systematisch MieterInnen entmietet, können sie auf dieser Grundlage auch rückwirkend die Zweckentfremdung untersagen.

Davon unangetastet bleibt das Recht von EigentümerInnen bzw. MieterInnen, ihre Wohnung temporär zu vermieten, wenn sie z.B. im Urlaub sind. Anders als von der CDU behauptet, werden auch Betreuungseinrichtungen und Kitas besonders berücksichtigt. Auch FreiberuflerInnen werden vor einer Existenzgefährdung durch das Gesetz geschützt. Laut unserem Entwurf liegt erst dann eine Zweckentfremdung einer Wohnung vor, wenn die/der MieterIn 50 Prozent und mehr ihrer/seiner Wohnfläche zu gewerblichen Zwecken nutzt. Damit wird das Gesetz den unterschiedlichen, besonderen Interessen gerecht und erwirkt gleichzeitig eine wirksame Eindämmung der Vernichtung von Wohnraum. Der rot-schwarze

Unsere Grünen Forderungen:

■ Bezahlbare Mieten sichern

– leistungslose Mieterhöhungen verringern.

– Wiedervermietungsmieten bei Wohnraummangel auf 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzen. In laufenden Verträgen Mietan-

stieg verringern, regelmäßigen Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete drosseln. – Mieterhöhung bei Modernisierung auf maximal 9% der Kosten pro Jahr senken, auf energetische Sanierung sowie altersgerechten Umbau beschränken. – Den Makler zahlet, wer ihn beauftragt.

■ MieterInnen vor Verdrängung schützen.

– Baugesetzbuch reformieren, so dass auch die Einführung von Mietobergrenzen und erweiterter Schutz vor den Nachteilen der Eigentumsverwandlung möglich sind. – Zweckentfremdungsverordnung



Großstadtkonferenz, Katrin Göring-Eckardt
Foto: Forys, Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Die Grüne Großstadtkonferenz für eine bessere Wohnungs- und Mietpolitik

„Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum“, lautet Artikel 27 der Berliner Landesverfassung. Die Realität sieht anders aus. Innenstädte werden zunehmend von ihren StadtbürgerInnen entvölkert, zu austauschbaren Tourismuszentren oder Geldanlageobjekten für Wohlhabende aus aller Herrenländer. Gelebte Kultur verlagert sich in Randbereiche. Berlin verliert sein besonderes Gesicht als kreative Stadt wo Menschen aller Couleur ohne großen Reichtum zusammen leben, arbeiten und Firmen gründen können. – Diesen beängstigenden großstadtweiten Trend wollen wir stoppen. Wir Grüne haben deshalb in unserem Wahlprogramm Maßnahmen beschlossen, mit denen wir die wesentlichen politischen Stellschrauben auf Bundesebene drehen können.

Zur Großstadtkonferenz unseres Landesverbandes am 1. Juni kamen Grüne Fachleute aus Städten und Kommunen deutschlandweit und aus Europa. Eindrucksvoll waren die Berichte. In vier Foren wurden die drängendsten Fragen beleuchtet von energetischer Gebäudesanierung über Gemeinwohlorientierung auf dem Wohnungsmarkt bis zu demografischen Fragen und gesamteuropäischen Prozessen in der Stadtplanung. Katrin Göring-Eckardt erinnerte an den Zusammenhang von Finanz- bzw. Eurokrise und steigenden Mieten, wenn viele Investoren mit Immobiliengeschäften spekulieren, auch dank historisch niedrigen Zinsen. – Dabei sind Investitionen in den Wohnungsbestand und beim Neubau zwingend notwendig, um weiteren Zuzug in Städte zu ermöglichen und um die energetische Sanierung voranzubringen, wichtig für den Klimaschutz und die Senkung der Betriebskosten. Eine weitere Herausforderung

im Sinne des demographischen Wandel ist, genügend Wohnraum barrierefrei umzubauen. – Darum müssen wir leistungslose Mietsteigerungen aus Profitstreben „deckeln“ und Modernisierungsumlagen auf die Maßnahmen begrenzen, die einen gesellschaftlichen Mehrwert haben. Solche AkteurInnen fördern, die bezahlbaren Wohnraum unter ökologischen Gesichtspunkten schaffen.

So unterschiedlich die Wohnungsmärkte auch sein mögen, können wir doch viel voneinander lernen; ob das der Umgang mit gemeinwohlorientierten Projekten in Wien ist oder das Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grund und Boden wie in den Niederlanden. Auch das teure München schafft immerhin durchmischterer Quartiere zu erhalten, als es in Berlin momentan passiert. Kluge Strategien für eine soziale Wohnungswirtschaft tragen immer zu einer Entspannung des Marktes bei (siehe Beitrag S.8). Entscheidend ist, wie, von wem und für wen gebaut wird, wieviel kostengünstiger Raum dafür zur Verfügung steht. Wir wollen und müssen daher auch über Nachverdichtung in Innenstädten neu-grün denken. Am Ende der Veranstaltung stand die Initiierung von einem gemeinsamen „Bündnis für bezahlbares Wohnen in lebenswerten Städten“. Das Ziel: Städte und Kommunen, Betroffeneninitiativen, Mieterverbände und progressive Akteure aus Wohnungswirtschaft, Politik und Wissenschaft zusammenzubringen, um für eine gerechtere und ökologischere Mieten- und Wohnungspolitik zu kämpfen.

Bettina Jarasch und Daniel Wesener, Landesvorsitzende

Senat dagegen will – falls das Gesetz Ende Juni kommen sollte – einen Bestandsschutz aller Zweckentfremdungen für zwei Jahre garantieren. Das wäre angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt fatal.

Besonders problematisch am Entwurf des Senats ist vor allem die sogenannte Genehmigungsfiktion: Wenn eine Bezirksamt nicht innerhalb von vier Wochen den Genehmigungsantrag bearbeitet und anschließend die Verlängerungsfrist verstreicht, sollen Ferienwohnungen automatisch erlaubt sein. Ist das ein Trick des Senats, das Gesetz ins Leere laufen zu lassen? Zwingend notwendig ist daher die ausreichende Ausstattung mit Personal. Auch der Rat der Bürgermeister hat das bemängelt. Natürlich kann ein solches Gesetz nicht alle Probleme auf dem Wohnungsmarkt lösen. Nur die konsequente Anwendung aller ordnungspolitischen und förderungsrechtlichen Instrumente, von der Zweckentfremdung bis hin zur Mietpreisbremse, von städtebaulichen Instrumenten bis hin zu einer neuen sozialen Wohnraumförderung sind die Voraussetzung für eine sozialräumlich positive Entwicklung Berlins.
> www.gruene-fraktion-berlin.de

Katrin Schmidberger, MdB, mietenpolitische Sprecherin

■ Kommunale Planungshoheit nutzen

– Bau- und Planungsrecht ändern, AnwohnerInnen früher verbindlich beteiligen, Programme an diese Bedingungen knüpfen – Neubauprojekte an Schaffung von bezahlbarem Wohnraum koppeln – Mittel des Europäischen Strukturfonds für ökolog.-soziale Stadtentwicklung einsetzen.

■ Energetische Gebäudemodernisierung vorantreiben und sozialverträglich gestalten.

– Für neue Gebäude Niedrigstenergiestandard vorgeben – Kosten der energetischen Modernisierung gerecht verteilen zwischen EigentümerInnen, MieterInnen und Staat.

– KfW-Gebäudesanierungsprogramm mit 2 Mrd. Euro jährlich ausstatten und verstetigen. Energiesparfonds in Höhe von jährlich 3 Mrd. Euro einrichten, für Stadtteilen mit vielen einkommensschwachen Haushalten fördern wollen.



Eine Schule für alle, nicht eine-Schulform für alle

Spricht man von Inklusion, dann oftmals im Kontext von „eine Schule für alle“. Wir Grüne sind gut beraten uns hier an Erkenntnissen der Bildungsfor-schung zu orientieren: Die Unter-schiede verlaufen nicht allein zwischen den Schulformen, sondern zwischen den einzelnen Schulen. Ziel sollte daher sein, jede Schule dabei zu unterstützen, eine inklusive Schule zu sein, die allen Schülerinnen und Schülern gerecht wird. „Eine Schule für alle“ muss deshalb nicht „eine Schulform für alle“ sein.

Die inklusive Schule geht über den gemeinsamen Unterricht von Schüle-rinnen und Schülern mit und ohne Be-hinderung hinaus. Sie ist mehr als das. Die Inklusive Schule sieht die Heteroge-nität ihrer Schülerinnen und Schüler als den Normalfall an. Folglich muss die Schule auch Antworten auf die Ver-schiedenheit und die Vielfalt geben. Wenn für die inklusive Schule die Grundsätze Individualisierung UND Gemeinsamkeit maßgeblich sind, dann sind für sie Eigenaktivität und Selbst-bestimmung als deren Voraussetzung grundlegend. Nicht umsonst hat die Kultusministerkonferenz ihren Emp-fohlungen zur Inklusion die Schlüssel-begriffe Individualität, Eigenaktivität und Selbstbestimmtheit zugrunde ge-legt. Die inklusive Schule ist eine Schule ohne Auslese und verzichtet auf Selektionsinstrumente wie das Sitzenblei-ben, Probejahr/halb-jahr oder das Ab-schulen. Die inklusive Schule ist eine rhythmisierte gebundene Ganztags-schule mit einem pädagogisch gestal-teten Konzept. Sie ist ein Bildungszen-trum im Stadtteil, sie bindet Eltern und Externe ein und versteht sich auf offene Bildungseinrichtung.

Berlins Schulen sollen inklusive Schu-len werden – dieses richtige und wich-tige Ziel verfolgen wir Grüne seit Jah-ren. Es ist richtig und wichtig, dass das Berliner Schulsystem endlich zu einem inklusiven Bildungssystem weiterent-wickelt wird. Ein System, das Schluss macht mit Separation und vielen un-terchiedlichen Förderschulformen. Ein inklusives Bildungssystem ist laut UN-Behindertenrechtskonvention „auf al-len Ebenen“ zu schaffen. Der Bundestag hat die UN-Konvention bereits 2009 ra-tifiziert. Von der Grundschule bis zum Gymnasium, Berufsschulen und Hoch-schulen sowie den Universitäten sind alle gefordert, schrittweise Inklusion einzuführen. Der gemeinsame Unter-richt von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung als Regelfall muss endlich im Schulgesetz verankert werden, ohne Deckelung und Tricks wohlge-merkt. Die damit einherge-henden Reformen und Maßnahmen und insbesondere die Kosten sind nicht zu unterschätzen.

Inklusive Schule heißt für uns, die Schulen noch stärker zu öffnen. Die in-klusive Schule setzt auf alternative For-men der Leistungsfeststellung und ver-zichtet so lange wie möglich auf Noten.

Senat verschiebt Inklusion auf den Sankt-Nimmerleinstag

Ob schulische Inklusion tatsächlich ge-lingt, hängt vor allem von den Rah-menbedingungen ab. In der Vergan-genheit mussten sich die Kinder den Schulen anpassen. Dies ist so nicht mehr länger möglich. Jetzt steht die Schülerin, der Schüler im Mittelpunkt und die Bildungseinrichtung, samt des Lehrpersonals, muss sich an die Bedürf-nisse der Schülerinnen und Schüler an-passen. Das erfordert eine Reform des Lehramtsstudiums und eine Fortbil-dungsoffensive für die Lehrkräfte!

Von solchen Rahmenbedingungen sind wir in Berlin weit entfernt. Im Ge-geenteil: Der Senat gibt bis 2016 kein Geld für Umsetzung der Inklusion an Berliner Schulen, in den Eckdaten für den Doppelhaushalt 2014/15 steht schwarz auf weiß, dass der Senat die Einführung der Inklusion auf den Sankt-Nimmerleinstag-Tag verschoben hat. Der frühere Bildungssenator Prof. Dr. Zöllner wollte die Inklusion noch ko-stenneutral umsetzen. Die amtierende Bildungssenatorin Scheeres hat Inklusi-on zu ihrem Schwerpunkt erklärt und die Planung ihres Vorgängers mit den Worten, „Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif“, zu Recht gestoppt und einen Beirat einberufen. Von diesem Schwer-punkt ist jedoch nicht viel übrig geblie-ben!

Özcan Mutlu,
Bildungspolitischer Sprecher

Jedes Kind ist gleich wichtig

Inklusion in Neukölln

Inklusion ist in Berliner Schulen wei-terhin die große Ausnahme. Inzwi-schen gibt es jedoch einige genehmigte Schulversuche – unter anderem in der Neuköllner Karlsgarten Grundschule an der Hasenheide. Hier werden Kinder mit und ohne Behinderung unter-schiedslos aufgenommen und in jahrgangsgemischten Gruppen gemeinsam unterrichtet. Wie kann also Kommu-nalpolitik im Einwanderungsbezirk Neukölln die Inklusion fördern und ge-stalten?

Neuköllner Probleme

Es geht darum, dass alle Kinder unab-hängig von ihren Lebensausgangsla-gen die gleichen Bildungschancen er-halten. So steht es im Schulgesetz. Un-abhängig von der Wahl der Grundschule sollen alle den bestmö-glichen Bildungsabschluss erreichen können und mit einer sicheren Grund-bildung auf die Oberschule wechseln. Dafür ist noch viel zu tun, denn wäh-rend 2012 im Berliner Durchschnitt 49,1 Prozent der Jugendlichen die Oberschu-le mit dem Abitur verließen, waren es in Neukölln nur 35,3 Prozent.

Sichtbar werden Bildungsprobleme im Bezirk etwa bei Förderprognosen und dem Bestehen des Probejahres am Gymnasium. Während in der besten Grundschule im Süden des Bezirks 51 von 76 Schülerinnen und Schüler die Empfehlung für das Gymnasium er-hielten, stand am Ende der Statistik eine Schule im Norden mit nur sechs Gymnasialempfehlungen bei insge-samt 38 Kindern. Dramatisch ist die

hohe Zahl von über 100 Kindern, die das Probejahr nicht bestehen und auf die Integrierte Sekundarschule wech-seln müssen. Dort werden sie in extra für sie eingerichteten Klassen unter-richtet – für die ohnehin traumatisier-ten Jugendlichen eine zusätzliche Stig-matisierung.

Mit Beginn des neuen Schuljahres wechseln etwa 1.900 Schülerinnen und Schüler in die Oberschule. Sie werden, wenn alles bleibt wie es ist, nicht nur mit geringerer Wahrscheinlichkeit das Abitur ablegen, sondern haben auch höheres Risiko des Schulabbruchs. Traurige Bilanz im Schuljahr 2012: 359 junge Menschen verließen die Schule ohne Abschluss. Das entspricht 13,3 Pro-zent, während der Berliner Durch-schnitt bei 7,4 Prozent lag. Insbesondere in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch müssen neue Wege be-schritten werden bei der Vorbereitung auf die Prüfungen in der 9. Klasse, um die Berufsbildungsreife (BBR) zu beste-hen und um sich anschließend auf den Mittleren Schulabschluss (MSA) erfolg-reich vorzubereiten.

Mehr Teilhabe an Bildung für alle

Inklusion geht in Neukölln also einer-seits über die Umsetzung der UN-Be-hindertenrechtskonvention hinaus. Ihr Ziel muss die Steigerung der Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler an Bil-dung sein, gleich welcher sozialen, sprachlichen, ethnischen oder kulturel-len Herkunft sie sind. Inklusion muss andererseits auch im Einwanderungs-bezirk Neukölln die Behinderten einbe-

ziehen. Die eingangs erwähnte Karls-gartenschule ist dafür das beste Bei-spiel. Ihr Anteil der Kinder nicht-deutscher Herkunft liegt bei 88 Prozent in der 6.Klasse. Die heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft, die es erforderlich macht, auf die Bedürfnisse jedes einzel-nen Kindes individuell einzugehen, brauchen Schulen in sozial benachteilig-ten Gebieten nicht zu fürchten. Sie arbeiten ganz im Gegenteil schon längst inklusiv mit Kindern und Ju-gendlichen, die die unterschiedlichsten Hintergründe haben.

Inklusion als additive, kostenneutrale Aufgabe – auch das lehren die bil-dungspolitischen Misserfolge und Nie-derlagen – ist allerdings nicht möglich. Damit der Schulalltag hochwertig orga-nisiert werden kann, wird eine ausrei-chende Finanzierung benötigt. Zwei-tens sollte zu denken geben, dass die Inklusionsrate überall in Deutschland im vorschulischen Bereich am höch-sten ist und bis zum Abitur immer wei-ter abnimmt. Inklusion ist eben eine ge-samtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle ermutigt zu lernen, dass Leistung und Gerechtigkeit nicht zwangsläufig ein Gegensatz sind.

Christian Kölling, Redakteur

Mehr Infos: Mahwareh Christians-Ros-hanai, BVV-Neukölln, mahi.christians-roshanai@gruene-neukoelln.de

Im internationalen Vergleich hat Deutschland einen insgesamt überdurchschnittlichen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf“, aber zugleich auch „einen der niedrigsten Anteile an integrativ geförderten Schülerinnen und Schülern.

6,4 Prozent aller deutschen SchülerInnen hatten laut UNESCO im Schuljahr 2011/2012 einen sonderpädagogischen Förderbedarf, in Berlin sogar 7,5 Prozent. Über die Jahre ist die Quote zudem angestiegen.

Laut Kultusministerkonferenz wurden 2010/2011 rund 122.000 der SchülerInnen mit Förderbedarf an allgemeinen Schulen unterrichtet. Das entspricht einem Anteil von nur 25 Prozent. Verglichen einer Quote von 13 Prozent 2001/2002 ist ein gewisser Trend in Richtung inklusiver Förderung zu erkennen.



© Phitidor - Fotolia.com

Inklusion in der Berliner Praxis – Die UN-Behindertenrechtskonvention hat zu einer breiten Debatte über Inklusion geführt. Doch wie sieht die Praxis jenseits der schillernden Worte aus? Berlin nähert sich mit Schulversuchen dem Thema.

„Was beide Kinder voneinander lernen können, das ist so immens toll. Es ist nicht nur so, dass nur die behinderten Kinder etwas davon haben, sondern auch die nicht behinderten Kinder lernen sehr viel“, schildert Schulleiterin Rita Schaffrinna von der Fläming-Grundschule in Friedenau ihre Erfahrungen. 1975 wurde dort auf Wunsch der Eltern die erste Integrationsklasse eingerichtet. Mittlerweile liegt der Anteil von SchülerInnen mit ausgewiesenem sonderpädagogischen Förderbedarf bei zwölf Prozent, bei insgesamt rund 600 SchülerInnen. Das Spektrum umfasst Sprach-, Seh- und Hör- und körperlich-motorische Behinderungen und Defizite in der geistigen oder emotional-sozialen Entwicklung, aber auch schwere und schwerste Mehrfachbehinderungen. Inklusion ist für ihre Schule nicht neu.

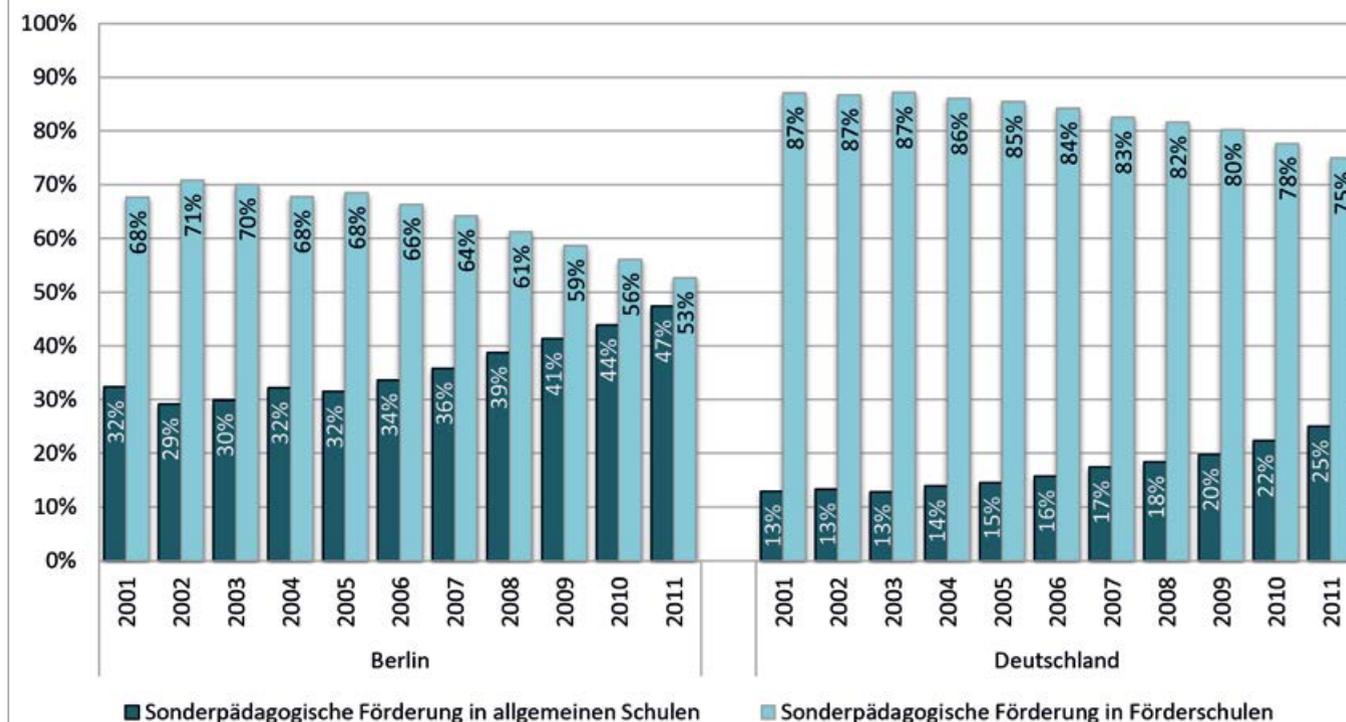
Berliner Schulversuche Inklusion Unterrichtet wird in der Fläming-Grundschule flexibel. Die Schwerpunkt-klassen sind sozialpädagogisch verstärkt und insgesamt kleiner, auch weil die Spezialgerätschaften mehr Platz verbrauchen. Für jedes Kind gibt es individuelle Lernpläne zum Arbeiten im Klassenverband oder in Lerngruppen. Ähnliche Unterrichtsformen haben auch die Schulen, die in Steglitz-Zehlendorf seit dem Schuljahr 2010/11 am Schulversuch Inklusiver Unterricht und inklusive Erziehung teilnehmen.

Der Unterricht basiert einerseits auf der individuellen Förderung Einzelner innerhalb des heterogenen Klassenverbandes. Abgewechselt wird diese Lernform mit Unterricht in homogenen, kleinen Lerngruppen, wo Kinder mit ähnlichen Lernbedürfnissen zusammen lernen. Insgesamt sind sechs Schulen an dem Schulversuch in Steglitz-Zehlendorf beteiligt. Sie umfassen die Förderschwerpunkte „Lernen“, „Emotional-soziale Entwicklung“ und „Sprache“ (LES). Weitere Schulversuche gibt es in Tempelhof-Schöneberg und Marzahn-Hellersdorf seit 2009/2010. Im Schuljahr 2010/11 kamen Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf dazu.

Das gemeinsame Lernen aller Kinder bringt natürlich auch Probleme mit sich. Konflikte oder Ausgrenzung zwischen den Kindern sind dabei nicht das Hauptproblem, erklären die am Schulversuch beteiligten SchulleiterInnen Sabine Wedekind (Pestalozzi-Schule), Christian Bobusch (Sachsenwald-Grundschule) und Marion Thiel-Blankenburg als Koordinatorin des Versuchs vom Förderzentrums Paul-Braune-Schule: „Konflikte zwischen Schülerinnen und

Schülern beziehen sich nicht auf das bloße Vorhandensein eines Förderbedarfs“. Die Angst, dass ein Kind hinter seinen Möglichkeiten zurückbleiben könnte, weist Schaffrinna zurück: „Sie meinen, weil gesagt wird ‚Warten wir denn jetzt alle, bis der auch bis fünf rechnen kann?‘ Das ist natürlich nicht richtig, dadurch dass es diese individuellen Pläne gibt, kommt jeder an seine Möglichkeiten“. Die zentralen Probleme liegen an anderer Stelle. Zum Beispiel bei der Verschlechterung der personellen Ausstattung – bei gleichzeitigem Anstieg der Kinder mit Förderbedarf. Inklusive Beschulung benötigt nicht nur Lehrpersonal, sondern SonderpädagogInnen, ErzieherInnen, aber auch Personal für Beratungsangebote und physiotherapeutische Förderung. „Die Berechtigung auf sonderpädagogisches Personal ist noch geblieben, allerdings ist die Anzahl der Förderstunden gesunken. Immer mehr Kinder teilen sich dieselbe Ressource“, so auch Frau Schaffrinna von der Fläming-Grundschule, „Man kann natürlich mal zwei, drei Kinder zusammenfassen, aber kein Kind mit geistiger Behinderung ist ja genauso wie das andere“. Für sie ist wichtig, dass in Zukunft der Personalschlüssel dem Bedarf gerecht wird. Gleichzeitig verweist sie auf die hohe fachliche Kompetenz, die erhalten bleiben muss. Bisher politisch unberücksichtigt ist für sie auch die Frage nach zusätzlichem psychologischem Personal.

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen und Förderschulen



Quelle: Kultusministerkonferenz 2013, online: <http://www.kmk.org/statistik.html>

Fehlende Barrierefreiheit, zu wenig Platz und Personal

Die baulichen Gegebenheiten sind ein weiteres zentrales Problem. In den Versuchsschulen werden bereits bauliche Maßnahmen umgesetzt oder sind angedacht. „Die Klassenraumgestaltung berücksichtigt eine differenzierte Nutzung und ermöglicht die Umsetzung offener und kooperativer Unterrichtsmethoden“, erklären Wedekind, Bobusch und Thiel-Blankenburg, aber es zeige sich „hier in der Praxis in bestehenden Schulgebäuden ein umfassender Mehrbedarf“.

Der Erfahrungsbericht weist auf fehlende Barrierefreiheit, fehlende räumliche Rückzugsmöglichkeiten oder überholte Quadratmeterzuordnungen hin. Bauliche Bedarfe trotz langjähriger sukzessiver Entwicklungen werden auch in der Fläming-Grundschule beobachtet, sodass Frau Schaffrinna verstehen kann, wenn Eltern ihre Kinder lieber noch in ein voll ausgestattetes Förderzentrum geben. „Die haben da ganz andere Möglichkeiten. Es ist schon ein bisschen anstrengender, das Kind inklusiv zu haben. Diese Familien sind stark belastet. Und wenn sich die Familien in einem Förderzentrum so entla-

stet fühlen, dann habe ich da Respekt vor. Ich will nicht sagen, dass das Kind hier nicht inklusiv beschult werden kann, aber vielleicht ist es für das Kind nicht gut und das muss man im Blick halten“. Letztlich ist die Frage ausschlaggebend, ob genügend Mittel für eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Umsetzung zur Verfügung gestellt werden. Und das ist eine politische Frage.

Susanne Wollin-Giering, Redakteurin

Förderschulen

Definition laut Bildungsbericht des Senats und der Landesregierung Brandenburg: „Förderschulen werden von Schülern besucht, die wegen körperlicher, geistiger oder sonstiger Förderungsbedürftigkeit sonst nicht bzw. nicht ausreichend unterrichtet werden können.

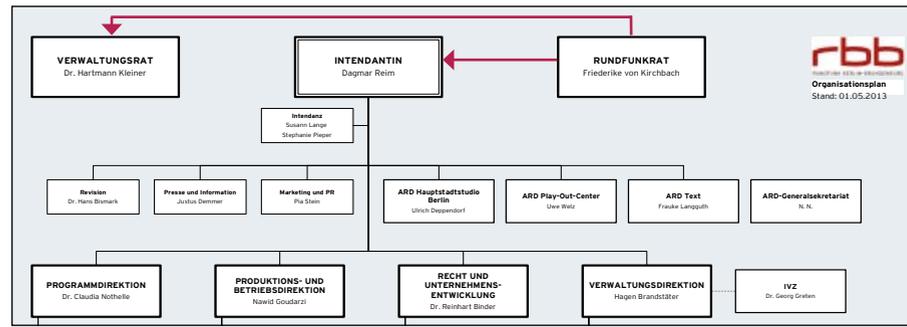
Es gibt allgemeine Förderschulen, Förderschulen für Sprachauffällige, für Erziehungshilfe, für geistig Behinderte, für Hörgeschädigte, für Körperbehinderte, für Sehgeschädigte und für Kranke. Sie umfassen in der Regel die Grund- und Mittel- stufe, in einigen Fällen auch die Ober-

stufe. Die Förderschulen vergeben Abschlüsse und Berechtigungen für die Sekundarstufen I und II sowie eigene Abschlüsse. Insgesamt wechselten im Schuljahr 2009/10 in Berlin 1 207 bzw. in Brandenburg 1 348 Schülerinnen und Schüler an eine Förderschule.

Der Anteil der Förderschülerinnen und -schüler, die an eine allgemeinbildende Schule gewechselt sind, beträgt 2 % in Berlin und 2,8 % in Brandenburg. Gemessen an allen Schülerinnen und Schülern sind dies 0,2 % in Berlin und 0,1 % in Brandenburg.

Als Bündnisgrüne haben wir uns seit den 90er Jahren für eine über die Berliner Stadtgrenzen hinaus gehende größere öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt eingesetzt. Sowohl der ORB in Brandenburg als auch der alte SFB in Berlin sollten aus ihrem etwas provinziellen Nischendasein herauskommen; mit innovativen Sendeformaten der städtischen Bevölkerungsentwicklung, der wachsenden politischen Bedeutung als Hauptstadt und Regierungssitz und der Modernisierung der Landeshauptstadt Potsdam sowie der touristischen Entwicklung in Brandenburg gerecht werden. Herausgekommen ist ein Sammelsurium.

Berliner Abendschau und Brandenburg Aktuell gefallen sich im „Dabeisein“, eigene investigative Berichterstattung ist oft Fehlanzeige. Einen ganzen Tag wollte der rbb von der BER-Eröffnung berichten und bemerkte vor lauter Jubelstimmung nicht, was man längst munkerle – das das Fest definitiv ins Wasser fallen würde. Mit den Regierenden umgehen und niemanden wehtun, das ist die Maxime im aktuellen Fernsehprogramm des rbb. Ausnahmen gibt es, aber verantwortliche Journalisten haben es schwer. Anchor-Männer mittleren Alters sollen eine Zuschauerbindung sichern, heißen Sie Ulli Zelle, Dieter Nuhr, Jörg Thadeusz oder Michael Kessler. Frauen sind allenfalls im Vorabendprogramm als Moderatorinnen unterwegs. Das wundert umso mehr, da mittlerweile immerhin 38.9% der Führungspositionen mit Frauen besetzt sind. Konzeptionell zeigt sich das weder in der Programmstruktur noch in der Personalauswahl.



Organigramm Rundfunk Berlin Brandenburg – ©rbb

Das Radioprogramm ist sehr stark auf einzelnen Zielgruppen ausgerichtet; parzelliert. Das kann man mögen, aber es entspricht vermutlich vor allem auf das Musikprogramm bezogen, eher nicht den Bedürfnissen einer aufgeklärten Berliner HörerInnenschaft, die gern zwischen Formaten wechselt, offen ist für neues. Der rbb hat sich gemächlich in bekanntem eingerichtet, erhebt wenig Anspruch auf Innovatives. Im TV(?) ist er stark auf Comedy fixiert. Beinahe einzig die Redaktion des Politikmagazins kontrastiert kämpft noch mit aufklärerischen Profil. Die Schließung von Radio Multikulti hat die zarten Bande zwischen dem migrantischen Bevölkerungsteil, der sich mit dem öffentlich-rechtlichen Angebot in ihrer jeweiligen Herkunftssprache identifizieren konnte, massiv zerschnitten. Weder die Programmübernahme „Funkhaus Europa“ vom WDR noch die interessanten „Weltsichten“-Reportagen ersetzen ein Programm für diese Zielgruppe mit Informationen aus Berlin und Umgebung sowie den Herkunftsländern - aus meiner Sicht ein schwerer Verstoß gegen den Programmauftrag.

Öffentlich-rechtliche Sender im Vergleich

Der rbb steckt in der Krise. Die Zuschauer-/Zuhörerzahlen sind nicht rosig. Die Verantwortlichen in den Sendeanstalten verlassen sich bequem auf ihr verfassungsgerichtlich bestätigtes Existenzrecht, ohne sich konzeptionell auf die Zukunft vorzubereiten. Das, obwohl ihnen eine starke Lobby aus privaten Medienverlagen gegenübersteht, die multimedial intensiv gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommuniziert. Nicht nur deshalb braucht es ein überzeugendes Profil. Kern einer sicheren Zukunft für die öffentlich-rechtlichen Anstalten muss die Akzeptanz in der Bevölkerung sein und die Erfüllung ihres qualitativen Programmauftrages. Um beides sieht es zurzeit nicht sonderlich gut aus. Auf der einen Seite mühen sich die Rundfunkanstalten im Unterhaltungsbereich mit mäßigem Erfolg den kommerziellen Sendern nachzueifern und verschieben andererseits die Qualitätsprogramme in den Spätabend. Zwar war das erste Programm im Jahr 2012 zwischen 20.00 und 23.00Uhr das meistgesehene, das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ZuschauerInnen der „öffentlich-rechtlichen“ überproportional älter sind als der Bevölkerungsdurchschnitt und die Quotenbringer der ARD nur drei Sendeformen beinhalten: erstens Fußball,

zweitens Tagesschau und drittens Tatort. Danach wird es dürrt mit der Akzeptanz. Immerhin gewinnen die öffentlich-rechtlichen Sender nach wie vor viele Preise für Ihre Programme. Die entsprechenden Sendezeiten der prämierten Angebote finden sich jedoch höchst selten in der Prime Time. Nur eine Konkretisierung des Programmauftrages durch den Gesetzgeber kann dazu führen, dass politische Sendungen, Reportagen und kulturelle Programmen nicht mehr an den Rand gedrängt werden. Die Anbieterung an den Massengeschmack wird durch den vermeintlichen Zwang zum Werben zusätzlich gestützt und sich selbst erfüllend untermauert. Leider fordern die Grünen nicht mehr die Abkehr von einer Werbefinanzierung des öffentlichen Rundfunks, die wirtschaftlich in keinem sinnvollen Verhältnis steht zu kulturpolitisch fraglichen Aussagen wie z.B. Fußball = Bier. Nur 3,7% Werbeeinnahmen „entlasten“ den Etat.

Als Grüne haben wir uns immer für die öffentlich-rechtliche Präsenz im Internet eingesetzt. Alle Rundfunkräte der einzelnen Anstalten mühen sich mit (teurer) wissenschaftlicher Hilfe, den sogenannten Drei-Stufen-Test zu vollziehen und festzulegen, welche Angebote im Netz veröffentlicht werden. Diese lächerliche Maßnahme, seinerzeit auf Druck der privaten Konkurrenz von den Ministerpräsidenten in den Rundfunkstaatsvertrag hineingeschrieben, verhindert, dass die Programme länger als sieben Tage in der Mediathek verfügbar sind. Das muss dringend geändert werden. Jährlich verdoppeln sich die Nutzungszahlen derjenigen, die Fernsehen zeitversetzt im Internet sehen. Vor allem Qualitätsprogramme müssen langfristig online verfügbar bleiben.

Der neue Rundfunkbeitrag

Seit dem 1. Januar 2013 gibt es den pauschalen Rundfunkbeitrag, der von jedem Haushalt gezahlt werden muss, egal wer darin wohnt. Die Vielzahl technisch rundfunkempfangsfähiger Geräte machte eine Abkehr von der alten Gebührenregelung notwendig, wo die Zahlung an die Existenz eines Empfangsgerätes gebunden war. Der bürokratischen Aufwand, um Haushalte und Betriebe zu erfassen ist leider relativ hoch. Nötig ist der Datenabgleich von 60 Millionen Wohn- und Gewerbeorten. Der vielbeschworene und auch von grüner Seite heftig kritisierte Schnüffelwahn der alten GEZ wird so durch einen (hoffentlich wirklich) einmaligen dieser Tage beginnenden Datenabgleich der Meldedaten ersetzt. Wer, wie ich, geglaubt hat, dass mit der Einführung der Haushaltsabgabe mindestens die Hälfte der GEZ-Mitarbeiter überflüssig werden würde, der hat sich leider getäuscht. Die Umstellung erfordert weitere 250 Menschen. Angeblich soll nach ein bis zwei Jahren Laufzeit im neuen System dieses Bürokratiemonster wieder zusammenschrumpfen. Der Beitrag ist im Gegenzug mit 17,98 Euro monatlich bis mindestens 2014 in seiner Höhe festgeschrieben. Vor allem in Gebieten mit hoher „Schwarzseher-Quote“, dazu gehört Berlin, werden nach der Erfassung der Haushalte und Betriebe höhere Einnahmen erwartet. Noch laufen mehrere Klagen gegen diese neue Regelung. Eine soll behinderten Menschen entgegenkommen, die seit diesem Jahr nicht mehr vollständig befreit sind. Aber auch das Hotelgewerbe sowie auch öffentliche Kommunen setzen sich gegen das neue Modell zur Wehr. Die Befreiung für Arbeitslosengeld II-Beziehende ist zum Glück weiterhin möglich.

Bei aller Schelte: der öffentlich-rechtliche Rundfunk liefert trotz allem in vielen Bereichen ein anständiges Angebot. Allerdings muss er und damit auch der rbb hier vor Ort mehr für sein Image tun, die Menschen mehr für sein Angebot interessieren – nicht mit teuren Werbemaßnahmen für das Programm sondern durch selbiges. Derzeit ist er im Rahmen des dualen Rundfunksystems – die öffentlich-rechtlichen auf der einen, die privat-kommerziell ausgerichteten Sendeanstalten auf der anderen Seite – in einer Legitimationskrise, die er sich im Wesentlichen selbst zuzuschreiben hat. Ohne eine wirkliche Unterscheidbarkeit von kommerziellen Radio- und Fernsehprogrammen werden die Menschen den gesellschaftlichen, gebührenfinanzierten Schutz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht verstehen geschweige akzeptieren. Für uns Grüne ist die mühevoll Aufgabe, in den Rundfunkanstalts-Gremien und in den Parlamenten auf Qualitätsmaßstäbe zu dringen die nicht nur dem Staatsvertrag entsprechen sondern auch Angebote beinhalten für alle gesellschaftlichen Zielgruppen genauso wie für verschiedene Nutzerverhalten ob über DVBT, Internet oder klassische Radiofrequenzen. Immerhin beneiden uns etliche Europäer heute um unsere vergleichsweise noch relativ anspruchsvolle Medienkultur mit existierenden investigativen Sendungen, klassischen Filmen der Kulturgeschichte, Experimenten, Dokumentationen... auch wenn diese allzu oft in den Nischen zu später Stunde platziert sind. **Unser Mindestziel: den status quo erhalten – best practise: wieder Vorreiter sein für neue Qualitätsmodelle.**

Alice Ströver, Mitglied im Rundfunkrat des rbb

➤ Rundfunk Berlin-Brandenburg

■ eine von neun Landesrundfunkanstalten, der ARD (Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands), beteiligt sich mit Zulieferungen am ARD-Gemeinschaftsprogramm
 ■ sechs Hörfunkprogramme + ein Fernsehprogramm + Videotext: rbbtext + rbbonline

■ Der rbb-Rundfunkrat ist das wichtigste Kontrollorgan einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. Ihre Aufgabe ist „die Allgemeinheit auf dem Gebiete des Rundfunks“ zu vertreten. ■ Amtsperiode 2011-2014: Evang. Kirche in Berlin-Brandenburg, Liga Spitzenverbände Freie Wohlfahrtspflege Berlin (B) sowie

Brandenburg (Brbg) _nach Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände in B, Brbg _Ausländerbeauftragte B, Brbg _Landessportbund B, Brbg _Akademie der Künste _IHK B, Brbg _Rat der Bürgermeister B _Landesmusikrat Brbg e.V. _Landesmusikrat B e. V. _Filmverband Brbg e. V. und B _Film- und Fernsehverband e. V. _Hand-

werkskammer B, Handwerkskammern Brbg _Deutscher Beamtenbund B, Brbg _Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft/B, Brbg _Journalisten-Verband B, DJV Brbg _Landeselternausschuss B _Landesrat der Eltern Brbg _Landesfrauenrat Berlin e.V. _Frauenpolitischer Rat Brbg e.V. _Deutscher Gewerkschaftsbund _Kathol.

Kirche _Landesrektorenkonferenz B-Brbg _Landesbauernverband Brbg e.V. _Jüdische Gemeinden B Brbg _Kommunale Spitzenverbände Brbg _Vereinigung Unternehmensverbände B-Brbg e.V. _Landesjugendring B, Brbg _Verbände der Sorben _CDU, SPD, Linke Brbg _CDU, SPD, Linke, Grüne B _Personalrat rbb

Die Euphorie für ein gemeinsames Land Berlin-Brandenburg ist längst verfliegen, doch in Sonntagsreden wird die Zusammengehörigkeit von Hauptstadt und Region selbstredend immer wieder beschworen. Wie sieht die Realität aus?

Durch die zunehmende Wirtschaftskraft seit 2006 hat sich Berlin dynamischer entwickelt. So steigt seit 2010 die Bevölkerungszahl, die Zahl der Erwerbstätigen und die der Pendler – daran ändern auch die überraschenden Ergebnisse der jüngsten Volkszählung nichts, nach denen in Berlin weniger Menschen leben als angenommen. In Brandenburg geht die Bevölkerungszahl weiter zurück. Es ist sehr stark geprägt von der ungleichen Entwicklung zwischen dem „Speckgürtel“ um Berlin und seinen strukturschwachen äußeren Entwicklungsbereich. Diese Unterschiede werden in den kommenden Jahren zunehmen: Die Konzentration der Bevölkerung im Großraum Berlin mit seinem Umland nimmt zu, aber für 85 Prozent der Landesfläche werden eine verstärkte Alterung der Bevölkerung und Entleerung der Regionen vorausgesagt. Bereits heute stellt die Abwanderung junger Menschen, insbesondere junger Frauen, eines der größten Probleme dar. Die Verflechtungen zwischen Berlin und seinem Umland sind deutlich geringer als etwa in Hamburg, München und Frankfurt/Main. Diese Städte haben alle ein dicht besiedeltes und wirtschaftsstarkes Umland, mit reichen Vorortgemeinden und deutlich über 300 000 Einpendlern. Das mehr als doppelt so große Berlin ist schon stolz, die Marke von insgesamt 286 000 Einpendlern erreicht zu haben, davon 233 000 aus Brandenburg. Das durch die Teilungsgeschichte stark geschrumpfte Berlin hat noch lange zu

tun, um seine inneren Entwicklungspotenziale wieder zu füllen. Generell gilt, dass Ostdeutschland sehr viel dünner besiedelt wirtschaftsschwächer ist als das eng vernetzte Westdeutschland. So arbeiten nur 18 Prozent aller Erwerbstätigen in Ostdeutschland gegenüber 82 Prozent in Westdeutschland – und das anschließende Westpolen ist noch dünner besiedelt. Es gibt darum gute Gründe, die Kräfte zu bündeln, wo immer das möglich ist. Die Wirtschaftsentwicklung ist in Berlin ebenso wie in Brandenburg zu gering, als dass die beiden Länder sich in großen Konkurrenzkämpfen verzetteln könnten.

Leitbild Hauptstadtregion

Anders als Hamburg und Bremen, die sich historisch als Stadtstaaten verstehen, ist Berlin nicht vom Selbstverständnis her sondern in Folge der Teilungsgeschichte zum Stadtstaat geworden. Wir sagen „Land Berlin“ und nicht „Stadtstaat Berlin“. Das politische Interesse an Kooperation begann zwar gleich nach der Wende mit dem Aufbau einer gemeinsamen Landesplanung, die zur Überwindung der Teilung und zur Vernetzung unabdingbar war und ist. Aber nach dem gescheiterten Volksentscheid zur Ländervereinigung 1995 sind die Bemühungen um Gemeinsamkeit auf einige organisatorische Felder reduziert worden. Das gemeinsame „Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ von 2006 spricht zwar von der „angestrebten Fusion beider Länder“, ersetzt aber faktisch das Bemühen um eine solche. Es ist blass und nichtsagend, weder die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe noch gemeinsamer Klimaschutz sind der Erwähnung wert.

Die Brandenburger sind auf die Berliner Infrastruktur angewiesen und nutzen Berlins Hochschulen, Schulen, Kultur-

angebote etc. In Berlins Krankenhäusern werden jährlich circa 400 000 Brandenburger Patienten versorgt. Umgekehrt gilt, dass Berlins Ver- und Entsorgung nur über Brandenburg geleistet werden kann, so wie man Berlin überhaupt nur über Brandenburg erreicht. Der wichtigste Netzknoten des Flächenstaates Brandenburg ist Berlin. Bei näherem Hinsehen beschränken sich die in Staatsverträgen und gemeinsamen Institutionen vereinbarten Kooperationen auf Bereiche, die die Konkurrenzen um Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung gar nicht berühren. Es geht um den Flughafen und den VBB, um die Medien (RBB, Medienbord), um einige Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, um die gemeinsamen Gerichte, das Amt für Statistik etc. Besonders mager ist die Koordination im Bereich der Wirtschaft und bei Wissenschaft und Hochschulen. Zu loben ist der Verkehrsverbund VBB, der sehr engagiert über den gemeinsamen Öffentlichen Nah- und Regionalverkehr wacht und unermüdlich auf Verbesserungen drängt – etwa beim Sorgenkind S-Bahn. Absurd ist, dass Berlin in Grossbeeren ein neues Gefängnis baut, während Brandenburg zunehmenden Leersand in seinen Gefängnissen hat.

Die gemeinsame Landesplanung

Auf der Grundlage des Landesplanungsvertrags wird die Raumordnung gemeinsam organisiert. Aktuell gelten das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm von 2008 und der Landesentwicklungsplan von 2009 (LEP B-B 2009). Mit diesem Programm hat Brandenburg sein Leitbild der „dezentralen Konzentration, das vor allem die äußeren, strukturschwachen Räume stärken sollte, aufgegeben zugunsten der Stärkung des engeren Verflechtungsbezirks rund um Berlin. Mit Strukturför-

derung will man jetzt vor allem potenzielle Stärken fördern und weniger dem Ausgleich von Struktur-schwächen dienen. Der aktuell geltende Plan sieht jedoch viel zu viel Siedlungs- und Gewerbeflächen vor. Jedes Mittelzentrum weist mindestens ein 100 Hektar großes Gewerbegebiet aus und Berlin bietet über 800 Hektar neue Gewerbeflächen an. Besonders groß sind die Erwartungen, dass der BER-Flughafen irgendwann einmal eine riesige Jobmaschine wird, hier „warten“ vier Gewerbeparks mit über 250 Hektar Fläche auf Gewerbeansiedlungen.

Karte: artalis - Fotolia.com

Besonders bedauerlich ist, dass in dieser Planung das Ziel des Klimaschutzes dem weiteren Braunkohleabbau und der Braunkohleverstromung dezidiert untergeordnet und damit konterkariert wird. Immerhin betreibt Brandenburg im Energiesektor einen ehrgeizigen Ausbau von Wind- und Solarenergie und setzt auf Berlin als Hauptnutzer. Derzeit deckt die Nutzung Brandenburger Windenergie 30 Prozent des Stromverbrauchs beider Länder. Brandenburg will bis 2030 mindestens 44 Prozent seines Endenergieverbrauchs regenerativ zu erzeugen. Die Planung enthält kluge Aussagen zur weiteren Einzelhandelsentwicklung. Das hat aber nicht viel Wert, weil Brandenburg dem städtischen Einzelhandel nach der Vereinigung gar keine neue Lebenschance gegeben, sondern



auf Einkaufszentren auf der grünen Wiese gesetzt hat. Auch Berlin hat den Ausbau von Einkaufs- und Fachmarktzentren so stark forciert, dass der inhabergeführte Einzelhandel heute eine Rarität ist.

Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Ja, es gibt gemeinsame Werbemaßnahmen auf internationalem Parkett für die Metropolregion Berlin-Brandenburg. Aber wenn es ernst wird, kämpft jeder für sich alleine. Dafür erntet man die Niederlagen gemeinsam. So ist 2011 die in den vergangenen zehn Jahren in Berlin-Brandenburg und Sachsen-Anhalt sehr gut gewachsene Solarwirtschaft in kürzester Zeit zusammengebrochen – vor allem weil Umweltminister Altmaier den Ausbau der

Erneuerbaren Energien ausbremst. Aber hätte es vorher vielleicht Chancen zu mehr wirtschaftlichen Kooperationen und vielleicht Fusionen gegeben, um das Desaster in Grenzen zu halten? Der für Brandenburgs Wirtschaft bedrohlich steigende Fachkräftemangel – wäre der nicht eine konzentrierte Aktion wert – gemeinsam mit den Hochschulen und Fachhochschulen beider Länder? Brandenburgs Agrarprodukte gehören in Berlin auf den Tisch – ist da wirklich nicht mehr machbar als für Spargel, Ketchup und Saure Gurken zu werben? Die Vernetzung mit den westpolnischen Woiwodschaften – lässt sich das nicht verstärken?

Stärkung der geopolitischen Position

Als Hauptstadt, Metropole und grenznaher Schwerpunkt in Richtung Polen, Mittelosteuropa und zum Ostseeraum trägt Berlin eine weitergehende Verantwortung. Doch 20 Jahre nach der Vereinigung ist Berlin immer noch so sehr mit der Suche nach der eigenen Identität beschäftigt, dass der Blick und das Bilden von Netzwerken über den Tellerrand hinaus viel zu kurz kommen. Brandenburg könnte Nutznießer einer aktiveren Rolle Berlins im Konzert der europäischen Metropolen sein, es kann Berlins politisches Desinteresse aber

Zahlen

■ **Berlin** ist Stadt und Land zugleich; der Stadtstaat hat eine Größe von 892 km² mit gut 3,5 Mio. Einwohnern (EW). Mit einer Bevölkerungsdichte von 3.927 EW/km² ist Berlin nach München die dichtest besiedelte deutsche Großstadt.

Unterhalb der gesamtstädtischen Verwaltungsebene gibt es zwölf Bezirke mit Einwohnerzahlen zwischen 229 000 im Bezirk Spandau und 376 000 im Bezirk Pankow.

■ **Brandenburg** ist ein Flächenland mit einer Ausdehnung von 29 484 km² und knapp 2,5 Mio. EW. Mit einer Bevölkerungsdichte von 85 EW/km² ist es nach Mecklenburg-Vorpommern das am dünnsten besiedelte Bundesland. Es gliedert sich in 14 Landkreise und vier kreisfreie Städte. Die kreisangehörigen Gemeinden sind in 144

amtsfreie Gemeinden und 53 Ämter (mit zusammen 271 amtsangehörigen Gemeinden) organisiert. Die Einwohnerzahlen der kreisfreien Städte differieren zwischen 60.000 in der Stadt Frankfurt (Oder) und fast 159.000 in der Landeshauptstadt Potsdam. Die Einwohnerzahlen der Landkreise liegen zwischen 81.000 im Kreis Prignitz

und fast 206.000 im Kreis Potsdam-Mittelmark. Der flächenmäßig größte Landkreis Brandenburgs ist Uckermark mit 3.058 km². Quelle: berlin-brandenburg.de



© Jadon, Photocase.com

nicht ersetzen. Berlin und mit ihm Brandenburg müssen sich in drei Richtungen geopolitisch und wirtschaftspolitisch besonders stark machen: Zu allererst in Richtung Polen, wo die Verkehrsverbindungen nach Stettin, nach Posen/ Warschau und nach Breslau dringend ausgebaut werden müssen – von der Verbindung nach Danzig ganz zu schweigen. Stettin ist eine stark auf Berlin ausgerichtete Stadt, aber Berlin bemerkt das bislang kaum. Zum anderen sollte die ostdeutsche Nord-Süd-Achse von Skandinavien über Kopenhagen –Gedser –Rostock nach Berlin und weiter Richtung Dresden –Prag –Wien gestärkt werden. Die Modernisierung des Schienen- und insbesondere des Schienengüterverkehrs muss aktiv betrieben werden, wobei Berlin und Brandenburg sich als Knotenpunkt für die

Verknüpfung des Ost-West- mit dem Nord-Süd-Güterverkehr profilieren könnte. Allerdings besteht die Gefahr, dass die skandinavischen Verkehrsströme nach dem Bau der Fehmarn-Querung verstärkt nach Westen verlagert werden.

Auch fremdelt Berlin leider bis heute mit seiner Hauptstadtrolle und zeigt als Land europapolitisch kein großes Engagement. Das ist vor dem Hintergrund des großen Gewichts, das Deutschland im Euroraum und in der EU gewonnen hat, sehr bedauerlich. Doch solange die Landespolitik kein anderes Ziel verfolgt, als den „Aufholprozess“ zu anderen großen Städten zu loben, ist nicht zu erwarten, dass Berlin sich strategisch positioniert und sich ähnlich wie Hamburg in geopolitische Weichenstellungen einmischt.

Ist die Länderfusion immer noch sinnvoll?

Seit der ersten Begeisterung für ein Zusammengehen der beiden Länder ist auch in Berlin die Zahl derer gewachsen, die die Vorteile des separaten Stadtstaats Berlin höher schätzen als eine Fusion von Berlin und Brandenburg. Vor allem die hohen Schulden Berlins stellen ein schwer zu überwindendes Hindernis dar. Schon aus taktischen Gründen werden beide Länder getrennt in die Verhandlungen für den nächsten Länderfinanzausgleich ab 2019 gehen. Jenseits aller taktischen und tagespolitischen Aspekte wäre grundsätzlich nicht nur eine Fusion von Berlin und Brandenburg, sondern sogar eine Dreierfusion mit Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiges Ziel. Zum einen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Zum anderen, um die geostrategische Rolle Ostdeutschlands bis zu Ostsee und Oder durch mehr Einheitlichkeit zu stärken, um politisch näher an den globalen Umschlagplatz Hamburg heran zu rücken. Auch für die großen Aufgaben einer neuen regenerativen Energiepolitik würden sich deutliche Vorteile ergeben.

Eine solche Länderfusion klingt utopisch und ist sicher kein Ziel für die mittelfristige politische Zukunft. Dennoch könnten (?) insbesondere wir Grünen den Mut haben, das Für und Wider einer Länderfusion mutiger als bislang anzusprechen.

Franziska Eichstädt-Bohlig

➔ Naturschutz in Berlin

- **Wälder** 29 000 Hektar
- **Straßenbäumen** ca. 439 000
- **Grünflächen, Park- und Gartenanlagen** über 2 500 mit insgesamt 6 400 Hektar

- **Maßnahmen zum Naturschutz in der Stadt**
- Entwicklung und Sicherung von genügenden Lebensräumen für Fauna und Flora (nachhaltige Landschafts- und Bauplanung, Beteiligung der Stadtgesellschaft)

Naturschutz in der Stadt

Viele von uns denken nicht an die Großstadt, wenn sie das Wort „Natur“ hören, sondern an Brandenburger Seen und Wälder, an Berge, Meer, etc. Jedoch: Es gibt reichlich „Natur“ in der Stadt – auch in Berlin. Berlin gilt als eine der grünsten Städte Europas. Berlin wurde sogar als artenreichster Raum Deutschlands ermittelt.

Die Natur ist wichtig für die stadtnahe Erholung und bietet Lebensräume für unzählige Lebewesen, vom Fuchs über die Fledermäuse bis zu Insekten und vielen seltenen Pflanzenarten wie Orchideen. Allein in Berliner Tiergarten wurden 1.400 verschiedene Tiere und Pflanzen gefunden.

Natur schützen und erhalten

Die Entwicklung der Vogelbestände bildet einen wichtigen Indikator für die Biodiversität. Das Landesamt für Statistik hat den Vogelbestand daher zu einem der 16 Kernindikatoren für die nachhaltige Entwicklung der Stadt gemacht. Die meisten Indikatoren entwickeln sich in Richtung der gesteckten Ziele, aber bei den Vogelbeständen ist dies anders: Zwischen 1990 und 2010 gingen die Bestände repräsentativer Vogelarten um mehr als 50 Prozent zurück. Auch die Entwicklung in den vergangenen Jahren bezeichnet das Amt für Statistik als „dramatisch“. Eine Ursache ist sicherlich der Rückgang der Brachflächen aufgrund der zunehmenden Versiegelung für Bau- und Infrastrukturprojekte. Das im Mai beschlossene, neue Berliner Naturschutzgesetz sieht vor, dass ein Artenschutzprogramm erstellt wird.

Neues Naturschutzgesetz

Das neue Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege wurde vom Abgeordnetenhaus einstimmig beschlossen. Die fraktionsübergreifende Zustimmung wurde möglich durch die frühzeitige Beteiligung der Berliner Umwelt- und Naturschutzverbände, deren Forderungen zum Teil schon bei der Erarbeitung des Entwurfs berücksichtigt wurden. Mehrere unserer Änderungsanträge, die wir mit den beiden anderen Oppositionsfraktionen eingebracht haben, wurden bei den Ausschussberatungen von der Regierungskoalition übernommen. Das Naturschutzgesetz ist ein positives Beispiel, wie Gesetze entstehen und im Parlament beraten werden sollten.

Gleichwohl bleiben einige Wermutstropfen: Die Koalition konnte sich nicht dazu durchringen, einen Bestandschutz für naturschutzfachlich wertvolle Grundstücke einzuführen. Dies wäre ein wichtiges Signal gewesen, dass der Senat nicht auch noch die letzten Grünflächen zubetonieren will. Auch ist es uns unverständlich, warum sich die Koalition gegen eine klare Regelung der Wildtierpflege gewehrt hat, ein Problem, das uns in den letzten Monaten immer wieder beschäftigt hat. Aber auch ein gutes Gesetz ist nur etwas wert, wenn es umgesetzt wird – insbesondere bei diesem Gesetz, denn die Natur kann sich nicht gegen Rechtsverstöße wehren. Die Umsetzung ist Aufgabe der Verwaltung und wir werden schon bei den Haushaltsberatungen sehen, wie viel der Koalition der Schutz der Natur wert ist.

*Dr. Turgut Altug, MdB,
Sprecher für Naturschutz*

- Errichtung von Naturerlebnisräumen (damit sich Kinder und Jugendliche mit dem Thema „Natur“ auseinandersetzen können)
- Eingriffsregelung in die Natur (Vermeidung bzw. Kompensationspflicht)
- Ausweisung der Schutzgebiete: Aktuell gibt es in Berlin 18 Lebensräume, die als schutzwürdig gelten. (Unter anderem Moore, Feldhecken aber auch Eichen- und Buchenwälder)



Die globalen Krisen haben einen gemeinsamen Kern: Eine Wirtschaftsweise, die auf Kosten der Umwelt geht und Wohlstand allein am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bemisst, hat keine Zukunft. Finanz-Euro- und Klimakrise sind Ausdruck eines eklatanten Marktversagens und zeigen deutlich, dass die Wirtschaft ökologische und soziale Leitplanken braucht. Wir müssen anders wirtschaften, um zukunftsfähig zu sein. Das bedeutet, die Abhängigkeit vom Import fossiler Rohstoffe zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auf Nachhaltigkeit und geschlossene Kreislaufsysteme zu gründen. Bei unserem Parteitag im März haben wir einen Beschluss gefasst, der zeigt, wie das in Berlin gehen kann.

Grenzen des Wachstums

Klimawandel und Umweltzerstörung zeigen die Grenzen des Wachstums. Die Wachstumsgläubigkeit des Industriealters wird zusätzlich dadurch erschüttert, durch die weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich in allen Industriestaaten. Die Zahl der prekären Jobs nimmt trotz Wirtschaftswachstum zu. Deregulierung, Minijobs und Leiharbeit grenzen viele Menschen von existenzsichernder Arbeit aus, erzeugen Perspektivlosigkeit. Das Wohlstands- und Aufstiegsversprechen, mit dem die soziale Marktwirtschaft einst begründet wurde, trägt nicht mehr.

Wohlstandszuwächse können nicht länger allein am Bruttoinlandsprodukt gemessen werden, denn das BIP sagt nichts aus über die Verteilung von Einkommen oder Vermögen, intakte Umwelt, Nachhaltigkeit, Gesundheit oder soziale Teilhabe. Grüne Wirtschaftspolitik stellt daher nicht BIP-Wachstum, sondern die Zunahme von Lebensqualität der Menschen in den Mittelpunkt!

Wir wollen die Berliner Wirtschaft beim Umstieg auf eine nachhaltige Produktion unterstützen und Investitionen gezielt in Ressourceneffizienz lenken. Zu einer solchen Innovationsstrategie gehören Anreize für weniger Verbrauch und ein gesellschaftliches Umdenken. Das ist der Kern des „Green New Deal“ – es geht um eine ökologische und soziale Neubegründung unserer Wirtschaftsweise.

Berlins Stärken stärken

Viele Berliner Betriebe sind längst auf dem Weg und weiter als die Politik. Sie verbessern ihre Ressourceneffizienz, bieten faire Löhne, gute Ausbildungsplätze und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Berlin zum Experimentierfeld für die Gestaltung dieses Transformationsprozesses machen. Die bestehenden Cluster – also die Spezialisierungen der Berliner Wirtschaft – wollen wir systematisch auf ressourceneffizientes Wirtschaften umstellen. Damit können die Berliner Betriebe jedes Jahr viele Millionen Euro an Material- und Energiekosten einsparen. hier > Wir wollen Öko-Tourismus ebenso fördern wie sozial verantwortliches Investment, „grüne Krankenhäuser“ ebenso wie grün zertifizierte Gebäude. Dafür wollen wir ein zentrales Cluster „Green Economy“ als Dach für die bestehenden Cluster entwickeln, auf das

wir zukünftig die Fördermittel der EU ausrichten. Um Berlin zur Modellstadt zu machen, werden wir weiter die Energiewende in Bürgerhand vorantreiben und arbeiten an Konzepten für moderne Mobilität, die den ÖPNV ins Zentrum stellt, die Mobilität ohne eigenes Auto ermöglicht und zugleich Anbindungsprobleme gerade in den Außenbezirken löst.

Außerdem wollen wir

- Die Nachnutzung des Flughafens Tegel für Wohnungsbau und grüne Zukunftstechnologien („urban technologies“) nutzen.
- Die Entwicklung des Clean-Tech-Parks in Marzahn unterstützen.
- Mit einer grünen Berliner Initiative für Innovationsgebiete (BID) den Rahmen schaffen für eine Aufwertung von Gewerbegebieten und Geschäftsstraßen.
- Eine grüne Gesundheitswirtschaft etablieren, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt
- Das Vergaberecht um ökologische und soziale Kriterien erweitern.

Anders Wirtschaften in Berlin heißt auch, die Standortvorteile von Berlin gezielter zu nutzen. Hierzu gehört sowohl der Reichtum an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, als auch der wachsende Gemeinwohlsektor. Heute verlassen immer noch viel zu viele AbsolventInnen mitsamt ihren innovativen Ideen Berlin, weil sie nicht rechtzeitig gute Jobangebote bekommen oder ihre Gründungsvorhaben nicht genügend unterstützt werden. Auch Unternehmen aus dem Gemeinwohlsektor, die ihre Gewinne in die Lösung sozialer und ökologischer Probleme im Kiez investieren, werden vom rot-schwarzen Senat viel zu wenig gefördert.

Das wollen wir erreichen:

- Transfer von Wissenschaft zu Wirtschaft besser gewährleisten.
- Bessere Starthilfe bei Existenzgründungen und kollektive Gründungen vereinfachen. Dies gilt insbesondere für Kleinstgründungen, Gründungen aus der Arbeitslosigkeit, Teilzeitgründungen und Gründungen von Menschen mit Migrationshintergrund.
- Die gemeinwohlorientierte Ökonomie sichtbarer machen und ihre Förderung im Wirtschaftssenat verankern.
- Prüfen, wie die gemeinwohlorientierte Ökonomie nach Vorbild der bayerischen und nordrhein-westfälischen Verfassung besser rechtlich verankert werden kann.
- Eine spezifische Förderinfrastruktur aufbauen und zugleich rechtliche Hindernisse etwa im Gemeinnützigkeitsrecht abbauen.

Bildungsaufbruch gegen Fachkräftemangel

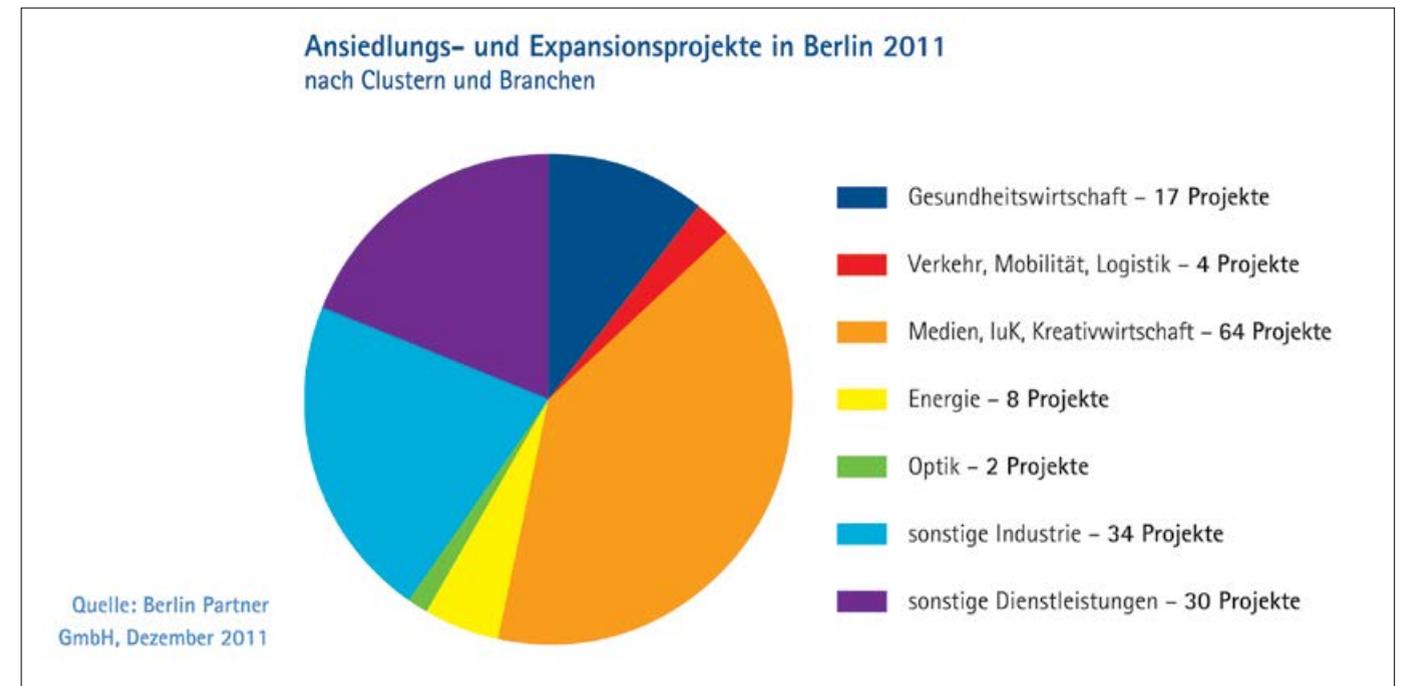
Weder der rot-rote noch der rot-schwarze Senat haben die wirtschaftliche Dynamik der vergangenen Jahre genutzt, um für die Menschen Chancen zu eröffnen, an denen der Aufschwung bislang vorbeigeht. Das wollen wir ändern und dafür den erhöhten Bedarf an Fachkräften nutzen, der sich auch in Berlin abzeichnet. Das bedeutet:

- Einen Bildungsaufbruch zu wagen und das Übergangssystem Schule/Beruf grundlegend zu reformieren.
- Eine andere familien- und geschlechtergerechte Arbeitskultur und neue Arbeitszeitmodelle zu etablieren.
- Equal Pay und Mindestlöhne auch auf Landesebene zumindest für die öffentlichen Betriebe zu verankern

Zu einem Bündnis für den Wandel gehören viele: zukunftsfähige Unternehmen genauso wie verantwortungsvolle Konsumenten, Gewerkschaften, Insti-

tutionen wie die Berliner Energieagentur, bestehende Bündnisse wie der „Stadtvertrag Klimaschutz“ oder die „KlimaSchutzPartner Berlin“, lokale Netzwerke und die zahlreichen Initiativen, die politischen Druck für den nötigen Wandel erzeugen. Wir arbeiten an einem solchen Bündnis. Anders wirtschaften, anders miteinander leben, anders Energie produzieren, anders mobil sein ist gerade für ein Land wie Berlin eine Chance. Die wollen wir nutzen!

Bettina Jarasch, Landesvorsitzende, Carola Wesbuer, Beisitzerin im Landesvorstand, LAG Wirtschaft und Finanzen



Erwerbstätige + Cluster

Die folgenden Zahlen zeigen, wie sich die Anteile der Beschäftigten in den einzelnen Branchen entwickelt haben im Vergleich der Jahre 1991 und 2011 – Quelle: IHK-Berlin, Handwerkskammer Berlin

- Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit; private Haushalte 1991_31,8 2011_39,8
- Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen 1991_12,6 2011_21,8

- Handel, Verkehr, Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation 1991_15,4 2011_25,8
- Produzierendes Gewerbe (ohne Bau) 1991_20,6 2011_8,0
- Baugewerbe 1991_7,7 2011_4,6

Cluster und Technologiefelder in Berlin-Brandenburg Die „Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB)“ fasst seit 2011 die zuvor getrennten Clusterstrategien der beiden Bundesländer zusammen. Fünf Cluster bilden die Säulen des neuen Ansatzes:

- _Gesundheitswirtschaft
- _Energietechnik
- _Verkehr/Mobilität/Logistik
- _IKT/Medien/Kreativwirtschaft
- _Optik einschließlich Mikrosystemtechnik



Monika Herrmann und Franz Schulz
©Christian Köneke

Lithograf, Künstler, Naturwissenschaftler, Politiker – wer sich den Lebenslauf von Friedrichshain-Kreuzbergs Bürgermeister Franz Schulz stichwortartig durchliest, erhält den Eindruck von einem Mann mit vielen unterschiedlichen Interessen. Doch wenn man sich mit ihm über die Stationen seines Lebens unterhält, ist schnell der Rote – oder besser – der Grüne Faden gefunden. Für „seinen“ Bezirk hat er stets vollen Einsatz gezeigt, auch wenn es einmal unbequem wurde. Doch nun geht er. Am 30. Juli ist der letzte Arbeitstag von Friedrichshain-Kreuzbergs langjährigem Bürgermeister, bevor er sich mit Eintritt ins Rentenalter verabschiedet. Aktiv bleiben will er in der Graswurzelpolitik und im Bezirk in BürgerInneninitiativen von unten mitmischen.

■ *Grüne Argumente: Du hast einen interessanten Lebenslauf. In Aschaffenburg geboren...*

Schulz: Einer wirklich typischen Kleinstadt, die alle Vorurteile, die man gegen eine spießige Kleinstadt mit Sozialkontrolle haben könnte, bestätigt. Ich habe später gelesen, dass das die Stadt mit den höchsten Unfallzahlen ist. Das hängt tatsächlich damit zusammen, dass sie dort auch heute noch Autonaren sind. Straßenbau – das ist so eine Lieblingsbeschäftigung der Stadt.

■ *Dort hättest Du auch viel zu tun.*

Ja, das stimmt!

■ *Aber es hat Dich doch hinausgezogen in die weitere Welt. Deine nächste Station war Darmstadt.*

Ja. Die Ausbildung zum Lithographen habe ich noch in Aschaffenburg gemacht. Ich bin dann über eine Begabtenprüfung an die Werkkunstschule Darmstadt gekommen und konnte damit auch Aschaffenburg entrinnen und erst einmal Kunst betreiben.

■ *Warst Du damals auch schon politisch aktiv?*

Das fiel ja in das Zeitfenster der Studentenrevolte. Berlin war weit, aber Frankfurt war natürlich in der Nähe. Adorno. Und deshalb schwappten dann sehr bald diese politischen Aktivitäten, dieser Widerstand, an die Werkkunstschule. In die Zeit fielen auch meine ersten Besuche der Ästhetikvorlesung von Adorno. Als ich die Werkkunstschule beendet hatte, habe ich entschlossen Physik zu studieren. Physik interessierte mich als besondere Form des Philosophierens. Und dafür musste ich das Abitur nachmachen.

■ *Und dafür bist Du dann nach Frankfurt gezogen.*

Genau. Wir hatten dann auf dem Abendgymnasium eine Zeit der Revolte

und die Ablösung vom Abendgymnasium vom Morgengymnasium erreicht. In der Zeit schloss sich in Westdeutschland an die Studentenbewegung die Lehrlingsbewegung an. Das ist für mich noch einmal eine von der Studentenrevolte abgelöste politische Sozialisierung gewesen, die mich auch noch einmal mit meiner eigenen Herkunft konfrontierte. Nach dem Abitur habe ich in Konstanz das Physikstudium begonnen. Doch mich holte kurz vor dem Vordiplom eine Wohnortsfahndung der Bundeswehr ein. Da habe ich ganz schnell mein Vordiplom abgelegt, habe alles an Büchern, was ich so hatte und den Gummibaum in meinen VW gepackt und bin nach Berlin gefahren. Das war die große Freiheit. Und da habe ich dann an der TU weiterstudiert. In Berlin war dann die politische Thematik der große Unistreib. Das war noch einmal eine sehr starke Politisierung über die gesamte Physikzeit. In der Zeit bin ich dann auch zur Zeitschrift Radikal gekommen und habe dort die Comics gemalt.

■ *Du hast 1990 Dein politisches Engagement „offiziell“ gemacht und bist in die Alternative Liste eingetreten. Schon sechs Jahre später warst Du Bürgermeister von Kreuzberg. Wann wurde Dir klar, dass es Berufspolitik sein soll?*

Überhaupt nicht. Ich glaube, dass mein Leben dadurch geprägt ist, dass ich mir etwas vornehme und dann auch sehr, sehr hart und konsequent und sehr zielgerichtet dafür arbeite.

■ *Als Du in der BVV warst, arbeitetest Du von Dir aus auf einen höheren Posten hin oder ist Dir der angetragen worden?*

In der BVV stieß ich auf das Thema Stadtentwicklung und merkte, dass ist für mich ein Herzensthema. Ich bin dann auch gleich in den Planungsaus-

schuss und da wurde mir als Ziel klar, ich will Baustadtrat werden. Ich habe mich dann auch in den Jahren in dem Planungsausschuss unglaublich intensiv eingearbeitet und darüber Sachen von der bezirksparlamentarischen Seite erfahren. Als dann 1996 die Entscheidung anstand, ob wir den Bürgermeister stellen oder nicht, sagte ich gut, dann mache ich den Bürgermeister, aber mit dem Ressort Stadtentwicklung. Das war mir ganz wichtig in dieser Kombination.

■ *Erinnerst Du dich noch an die erste Zeit im Bürgermeisteramt?*

Ja, sehr gut, das war ja eine sehr schwierige Zeit von den Mehrheiten her. Ich hatte im Bezirksamt nicht die Mehrheit und in der BVV auch nicht. In der BVV hat sich eine ganz enge Zusammenarbeit von SPD und CDU gegen mich ergeben.

■ *Wo siehst Du denn Deine größten Erfolge für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg?*

Es ist gelungen, den Bezirk in seiner ganzen Widerborstigkeit, Bekanntheit, Multikulti für junge Leute, für kreative Leute, für Leute die etwas verändern wollen über die ganzen Jahre im Wettstreit mit vielen anderen Bezirken zu erhalten und auszubauen. Es ist mir gelungen, Beteiligungsformen zu etablieren, mit denen man erfolgreich Interessengegensätze, gemeinsam angehen kann. Das ist die Beteiligungsform der Runden Tische. Ein Beispiel: Als sich das am Gleisdreieck zuspitzte, wo die Kleingärten liegen und dort Sportplätze hinstolten, habe ich zu meinem berücktigten Runden Tisch eingeladen – mit dem Ergebnis, nicht Sportplatz oder Kleingartenanlage, sondern Sportplatz UND Kleingärten. Das ist nicht nur Vermitteln, sondern der Versuch für beide

Seiten eine Lösung zu finden, mit der dann beide gut leben können. Weiterhin empfinde ich es als Erfolg, dass ich eine Strategie etabliert habe, bei Bebauungsplanverfahren mit städtebaulichen Verträgen die Investoren an der Finanzierung von Kitas, Grundschulen, Schulsporthallen und öffentlichen Grünanlagen heranzuziehen.

■ *Auf die Füße gefallen ist Dir ja in den letzten Monaten noch einmal die Geschichte rund um die East-Side Gallery. Es war eine Fehleinschätzung zu denken, wir kriegen die Gebäude weg, wenn wir in den Vordergrund rücken, was für eine städtebauliche Ungeuerlichkeit es darstellt, auf den Todesstreifen ein Gebäude zu setzen. Doch dafür hat sich zuerst keiner interessiert. Als sich das Netzwerk der Clubbesitzer einschaltete, haben die in kürzester Zeit einen Protest aus dem Boden gestampft. Die haben genial erkannt, dass sich die Öffentlichkeit bezüglich einer Öffnung der East-Side-Gallery mobilisieren lässt. Das ist natürlich wahnsinnig ärgerlich, dass ich das selbst nicht früher erkannt habe. Aber damit begann dann auch ein Protest gegen die Bauvorhaben. Dennoch war es für mich auch eine politische Niederlage, weil der Senat sich weigerte Tauschgrundstücke zu stellen.*

■ *Ein Blick in die Zukunft: Gibt es mit der neuen Bürgermeisterin eine politische Zäsur in Friedrichshain-Kreuzberg?*

Sie will sich stärker mit Partizipation, Einwanderung und ähnlichen Themen beschäftigen sowie sich kritisch mit den Ansätzen von Buschkowsky auseinandersetzen. Insoweit vermute ich, dass es keine grundsätzliche Zäsur in unserer grünen Bezirkspolitik geben wird. *Michaela Gross, Redakteurin*

Monika Herrmann – Staffelübergabe

Monika Herrmann wurde am 12. Juni von der Bezirksverordnetenversammlung zur Nachfolgerin von Franz Schulz gewählt. Monika ist in Berlin geboren und seit vielen Jahren in Kreuzberg und Friedrichshain aktiv – politisch und beruflich. Sie hat an der FU politische Wissenschaften studiert und in verschiedenen Frauenprojekten gearbeitet, bis es die leidenschaftliche Kommunalpolitikerin beruflich ins Bezirksamt verschlug. Dort hat sie sich intensiv um die Sozial- und Jugendpolitik gekümmert, bis sie schließlich im Jahre 2006 Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Schule wurde. Nach den Wahlen 2011 wurde Stadträtin für Familie, Gesundheit, Kultur und Bildung.

Der „Berliner Zeitung“ sagte Monika, sie sei ein „Technikfreak“. Und in der Tat: Wer mit ihr bei Facebook befreundet ist, weiß wie aktiv sie die sozialen Netzwerke nutzt. Zusammen mit ihrer Begeisterung für Kommunalpolitik und ihrem sozialen Engagement wird sie sicherlich neue Impulse in Friedrichshain-Kreuzberg setzen können und setzen wollen. Es gilt, die besondere Mischung des Bezirks zu erhalten und gleichzeitig offen für die vielen Veränderungen zu sein, die auch vor Friedrichshain-Kreuzberg nicht halt machen werden. *Matthias Tang*

➤ Kurzvita Franz Schulz

- **1948** geboren in Aschaffenburg, ein Sohn Lehre und Kunststudium, Abitur
- **1975** Studium Physik und Promotion (1985)
- **1987** Geschäftsführer EDV-Firma in Schöneberg, Tätigkeit für ein Umweltplanungsprojekt der BAM und im Umweltamt Spandau

- **1990** Eintritt in die Alternative Liste
- **1992** Bezirksverordneter in Kreuzberg
- **1993-95** Fraktionsvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg
- **1996-2000** Bezirksbürgermeister in Berlin-Kreuzberg

- **seit 2001** Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Bauen in Friedrichshain-Kreuzberg
- **2006-2013** Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg

Ergebnisse des Mitgliederentscheids
Der grüne Bundesverband hat mit dem Mitgliederentscheid über die 58 Schlüsselprojekte im Wahlkampf eine neue Form der Beteiligung möglich gemacht. Jedes Grünen-Mitglied konnte mitbestimmen. Folgende Projekte erhielten die meisten Stimmen:

ENERGIEWENDE

100 Prozent Erneuerbare Energien
Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umstellen. Die Bürgerinnen und Bürger, die Genossenschaften und kleinen Unternehmen vor Ort zusammen mit den Kommunen und Stadtwerken sind das Rückgrat der Energiewende – das hat das erfolgreiche Volksbegehren Energie in Berlin deutlich gemacht. Wir wollen, dass am Tag der Bundestagswahl der Volksentscheid über die Kommunalisierung der Energienetze und die Errichtung eines Stadtwerkes stattfindet.

Massentierhaltung beenden

Die Massentierhaltung hat zu Zuständen geführt, die das Ende des bisherigen Systems der Fleischproduktion erforderlich machen. Wir wollen die Subventionierung der Massentierhaltung beenden, ihre Privilegierung im Baurecht streichen und den Immissionsschutz verbessern und ein Label für Tierschutz sowie vegane und vegetarische Produkte einführen.

Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge

Die Fixierung von Politik und Medien auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Der Raubbau an Mensch und Natur wurde uns als Wachstumserfolg verkauft. Aber über

die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, macht uns das unter dem Strich sogar ärmer. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität. Thema „Gerechtigkeit“

GERECHTIGKEIT

Mindestlohn einführen.

Viele arbeiten und können trotzdem nicht davon leben. Wir nehmen die unerträglichen Dumpinglöhne, die staatlich aufgestockt werden müssen, nicht länger hin. Darum fordern wir einen allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe des Mindestlohns wird von einer Mindestlohnkommission festgelegt, zusammengesetzt aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft.

Zwei-Klassen-Medizin abschaffen

Wir wollen Versorgung bei Gesundheit und Pflege verbessern und die Zwei-Klassen-Medizin beenden. Die grüne Bürgerversicherung bezieht alle ein: gesetzlich Versicherte, Privatversicherte, Beamte und Selbständige. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleichbehandeln und zur Finanzierung heranziehen

Finanzmärkte neu ordnen

Die mangelhafte Regulierung der Finanzmärkte hat die Welt in die Finanz- und Wirtschaftskrise gestürzt. Steuerzahler dürfen nicht wieder für das Fehlverhalten der Finanzindustrie zahlen müssen. Dazu brauchen wir neben einer Europäischen Bankenunion mit einem bankenfinanziertem Rettungsfonds vor allem eine verbindliche Schuldenbremse für Banken.

MODERNE GESELLSCHAFT

Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten

Wir wollen Rüstungsexporte stärker als bisher kontrollieren. Dazu wollen wir ein Gesetz, das die Kriterien der Rüstungsexportrichtlinie, insbesondere die Menschenrechtslage im Empfängerland und die Gefahr der inneren Repression, fest verankert. Die Geheimhaltung der Beschlüsse über Rüstungsexporte wollen wir aufheben.

Betreuungsgeld abschaffen

Vielerorts fehlt es an Kita-Plätzen. Deshalb müssen wir mehr und qualitativ hochwertige Kita-Plätze schaffen. Dafür trägt auch der Bund Verantwortung, denn vieles muss gleichzeitig geschehen: Der ab Augst 2013 geltende Rechtsanspruch muss finanziert, der Bedarf geplant werden. Die Qualität darf nicht auf der Strecke bleiben. Das Betreuungsgeld schaffen wir ab.

Rechtsextremismus entschieden entgegnetreten

Intoleranz, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Rassismus, Transphobie und Homophobie sind leider allzu oft Alltag in Deutschland. Wir wollen die durch Rechtsextreme bedrohten Orte und Regionen zu schützen. Die Verantwortung dafür müssen Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft gemeinsam tragen. Der Bund soll mindestens 50 Millionen Euro jährlich für den Kampf gegen den Rechtsextremismus zur Verfügung stellen.

mehr: www.gruene.de/partei/gruenermitgliederentscheid-2013-unsere-neun-regierungsprioritaeten mt



Foto: Dennis Probst

Erklär es in einer Minute Mitgliederentscheid in Pankow

Schlüsselprojekte vorstellen = Wahlkampftraining. Das war das Motto im KV Pankow am Samstag auf Deck 5 über den Dächern von Prenzlauer Berg. Bei schönster Abendsonne mitten im Berliner Ausgetrubel debattierten die Grünen mit Humor und guten Argumenten alle 58 Schlüsselprojekte. Genau eine Minute erhielten die vorbereiteten Diskutanten, um für ihr Schlüsselprojekt zu werben. „Mehr Zeit hast Du am Stand auch nicht. Kommst du nicht zügig auf den Punkt, sind die Gäste schon wieder weg.“ Die schlüssige Begründung für dieses erfrischende Verfahren. Jeweils für die drei Themenkomplexe wurden alle Redebeiträge in

ihrer Reihenfolge spontan gelöst. Auch das erzeugte Spannung unter allen Anwesenden. Den meisten Applaus erhielten RednerInnen mit stichhaltigen Zusatzargumenten oder bildhaften Erklärungen. Aber auch unkonventionelle Auftritte ernteten viel Beifall, konnten ausprobiert werden. Wann, wenn nicht hier? In den kurzen Pausen blieb Raum für Gespräche, Freigetränk und Sommerfeeling. So kann Politik Spaß machen: handfeste Inhalte, charmante Moderation, gutes Timing, lockere Form, schöner Ort – alles konstruktiv und damit in Erinnerung bleibend.

Uta Belkuis

Ergebnisse in Zahlen

- 1 100 % erneuerbare Energien – für eine faire Energiewende in BürgerInnenhand 52,55%
- 8 Die Massentierhaltung beenden – ein neues Tierschutzgesetz für artgerechte Haltung 46,61%

- 20 Niedriglöhne abschaffen – einen allgemeinen Mindestlohn einführen 42,05%
- 57 Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten – ein Rüstungsexportgesetz beschließen 38,65%

- 27 Zwei-Klassen-Medizin abschaffen – EINE Bürgerversicherung für Alle 38,03%
- 38 Das Betreuungsgeld abschaffen – gute Kita-Plätze besser ausbauen 37,92%

- 5 Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität 36,34%
- 17 Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für Banken 26,54%

- 45 Rechtsextremismus entschieden entgegnetreten – Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern 26,11%

Diese Seiten stehen ab sofort für Euch zur Verfügung. Wir geben den Raum, Ihr schreibt uns und schickt Fotos... Wir können die Seiten erweitern, ausbauen... verändern... thematisch ergänzen... meldet Euch einfach unter: stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Endlich heiraten ohne Mutti! Und dann?

Die sechste Klatsche für Schwarz-Gelb: Das Bundesverfassungsgericht hat die steuerrechtliche Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren erzwungen, gegen den erklärten Willen von Merkel. Daher empfehlen wir für den 22.09.: Tschüss Mutti – Diskriminierung abwählen! Wir wollen die Ehe öffnen – für alle Geschlechter. Beim Lesbisch-Schwulen Stadtfest konnte man bei uns schon mal Probeheiraten. Und der Zuspruch war groß. Es fühlt sich gut an, wenn der letzte konservativ-heteronormative Schutzraum von der „schrillen Minderheit“ (Dobrindt/CSU) eingenommen wird. Und wir bei QueerGrün? Werden wir alle heiraten und uns queerpolitisch zur Ruhe setzen? Nein! Weitere Themen drängen: der Kampf gegen Homo- und Transphobie, die überfällige Reform des Transsexuellenrechts, der Einsatz für die weltweiten Menschenrechte von Homo-, Intersexuellen und Transgendern – uvm. Die Arbeit geht weiter – wir zählen auf Euch!“
Sprecher LAG QueerGrün

1. Mai Nazifrei

Obwohl angekündigt gab es in Marzahn-Hellersdorf keine Aufmärsche der NPD. Der bündnisgrüne Kreisverband rief dazu auf, sich an der Aktion 1.Mai Nazifrei in Schöneeweide zu beteiligen. Mit grünen Fahnen, T-Shirts und Westen ausgerüstet, ging es also morgens los. In Schöneeweide angekommen stießen wir auf ein massives Polizeiaufgebot und weitläufige Absperrungen. So bald auch nur einige Fahnen der Nazis von weitem und mit gutem Auge zu erkennen waren, wurden noch Wasserwerfer und weitere Polizeiautos in die Absperrungen gefahren und somit jeglicher Sichtkontakt unterbunden. Als die NPD Demo sich wieder über die Treckowbrücke zum S-Bahnhof Schöneeweide bewegte, um ihre Abschlusskundgebung zu halten, wurde den GegendemonstrantInnen der Rückweg über den Kaisersteg abgeschnitten, indem die Polizei diese Fußgängerbrücke abriegelte. Ca. 1,5 h saßen wir auf dem Platz vor dem Kaisersteg fest. Mit uns auch unbeteiligte SpaziergängerInnen. Das Konfliktteam der Polizei verteilte etwas Wasser, konkrete Infos gab es nicht. Das Bündnis 1. Mai Nazifrei hatte zur Blockade des NPD Aufmarsches aufgerufen. Das letztendlich friedliche GegendemonstrantInnen blockiert wurden, ist unfassbar! Die Nazis sollen unsere bunten Fahnen sehen! Sie sollen unsere Sprechchöre hören und begreifen, dass sie in Schöneeweide ebenso unerwünscht sind wie in Marzahn-Hellersdorf und überall in dieser Stadt.
Cordula Streich, Sprecherin KV Hellersdorf

KV-Mitte: **Sonntag, 04.08.13 von 14-18 Uhr: Kinderfest im Ottopark mit Özcan Mutlu** mit Hüpfburg, Kinderschminken, Quiz mit Preisen, Basteln, Torwandschießen, Hase Hüby und mehr, für Getränke und kleine Speisen ist gesorgt. auch am **So 18.08.13 von 14-18 Uhr Monbijoupark** + am **So 25.08.13 von 14-18 Uhr Sprengelpark** weitere Termine: <http://gruene-mitte.de/mitmachen/termine>

LAG Bio- und Gentechnik

Gentechnik ist innerhalb der Grünen ein kontrovers und emotional geführtes Thema. Für Mensch und Umwelt bedenkliche Gentechnik-veränderte Pflanzen als Nahrungsmittel oder Tierfutter lehnen wir fast alle grundsätzlich ab. Anderen Bereichen, wie z.B. der Einsatz gentechnisch veränderter menschlicher Zellkulturen – etwa als Ersatz für Tierversuche bei der Entwicklung neuer Medikamente etc. – stehen wir hingegen aufgeschlossen gegenüber. Diese verschiedenen Einsatzgebiete der Gentechnik – zur Vorlage auch von Wahlprogrammen – diskutieren wir in unser LAG Bio- und Gentechnik, auch unter Einladung externer Referenten. Hierzu laden wir weitere Parteimitglieder ein, die bei unseren interessanten Debatten über das Für und Wider der Bio- und Gentechnik (jeden zweiten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Igelbau der Grünen Friedrichshain-Kreuzberg, Dresdnerstr. 10) mitmachen wollen.
Weitere Infos zur LAG unter joachim.eul@snaflu.de

CSD, Berlin, 2013 – Foto: Notker Schweighardt



GRÜNE JUGEND Berlin

Die GRÜNE JUGEND Berlin hat sich auf der letzten LMV für das aktuelle Halbjahr ein Oberthema gesetzt, Gender und Diversity. Dafür werden wir nach den Sommerferien auf den 2-wöchigen Aktiventreffen das Thema von den unterschiedlichsten Perspektiven her beleuchten und diskutieren. Im Wahlkampf haben wir uns außerdem 3 Schwerpunktthemen gesetzt: Mobilität, Mietpolitik und Antifaschismus. Mit dem Landesvorstand und den Fachforen erstellt die Wahlkampfsteuerungsgruppe Materialien und plant Aktionen und Veranstaltungen dazu. Auch in den aktiven Bezirksgruppen beginnen die Wahlkampfplanungen. Direkt nach der Bundestagswahl werden wir eine LMV abhalten, um die Wahlkampfzeit und die Ergebnisse zu analysieren. Auf www.gj-berlin.de sind alle aktuellen Termine und Berichte zu unseren Aktivitäten zu finden
Tim Lüddemann, Schatzmeister GRÜNE JUGEND Berlin

LAG Umwelt

Wir diskutieren Fragen des Umwelt- und Naturschutzes, prüfen die Maßnahmen des Senats kritisch-konstruktiv und entwickeln bei Bedarf eigene grüne Konzepte: Wie ist es um unser Berliner Stadtgrün bestellt? Wie gut ist die Klimabilanz der neuen Bioabfallvergiftungsanlage der BSR-Betriebe? Wird die Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt umgesetzt? Beteiligt sich Berlin an Maßnahmen gegen das Bienensterben? Ist der Umgang mit Niederschlagswasser bei Starkregenereignissen hinsichtlich Gewässer- und Trinkwasserschutz umsichtig? Was macht der Senat, um dem Klimawandel entgegenzuwirken und unsere Stadt an dessen Folgen anzupassen? Welche umweltpolitischen Fragestellungen sind dir wichtig? Mach' mit: Wir treffen uns am 3. Montag/Monat. *Ansprechpartner: Sibylle Centraf und Marion Hasper*

LAG Energie Berlin-Brandenburg

Unser Ziel ist eine ECHTE Energiewende! Das erfolgreiche Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ und das erstplatzierte Schlüsselprojekt beim grünen Mitgliederentscheid bestätigen unsere wichtige Arbeit. Die Fragen, WIE und bis WANN es möglich sein wird, den Strombedarf vor Ort vollständig, verlässlich und bezahlbar über Erneuerbare Energien decken zu können, beantwortet die Studie „Szenarioberechnung einer Stromversorgung der Region Brandenburg-Berlin auf Basis Erneuerbarer Energien“. Erstellt wurde sie im Auftrag beider Bündnisgrünen Landesfraktionen und zeigt, dass eine Vollversorgung Brandenburgs und Berlins aus erneuerbarem Strom bis 2030 technisch möglich ist. Aber auch bundes- und europapolitische Energiethemata haben wir im Blick. Wir treffen uns an jedem 4. Mittwoch des Monats. *Sprecher/innen der LAG Energie Marion Hasper (Berlin) und Sebastian Becker (Brandenburg)*

Landesverband

LANDESVORSTAND

Bettina Jarasch, Landesvorsitzende
Daniel Wesener, Landesvorsitzender
Marc Urbatsch, Landesschatzmeister
Karoline Killat, Beisitzerin und frauen- & geschlechterpolitische Sprecherin
Meike Berg, Beisitzerin

Carola Wesbuer, Beisitzerin
Tilo Fuchs, Beisitzer

LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Geschäftsführer
Mirko Seffzig 030.61 50 05-0
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Christian Honnens 030.61 50 05-25

Vorstandsreferentin und interne Kommunikation Nina Stahr 030.61 50 05-15
Referentin für Frauen- und Geschlechterpolitik, Dr. Audrey Podann 030.61 50 05-61
Finanzreferentin
Diana Schinkel 030.61 50 05-37

Infozentrale, Büroorganisation
Giselle Orłowski 030.61 50 05-0
Britta Byszio 030.61 50 05-0
Öffentlichkeitsarbeit und Online
Johanna Forsys 030.61 50 05-16
Freiwilligenmanagement
Annika Gerold 030.61 50 05-14

Assistent der Geschäftsführung
Christopher Poschmann 030.61 50 05-47
Mitgliederverwaltung
Mascha Angrick 030.61 50 05-51
Rechentchnik
Tom Bräuer 030.61 50 05-34



Ramona Pop (MdB), Benedikt Lux (MdB), Harald Herweg (Berliner Feuerwehrakademie) und Heiko Thomas (MdB) beim Besuch der Grünen Fraktion in Schulzendorf am 30. 4. 2013. – Foto: Laura Törkel

Sie retten Berlin

Technischer Hilfsdienst, Katastrophenschutz, Notfallrettung – die Berliner Feuerwehr rettet Berlin. Jetzt ist es an uns, die größte und älteste Berufsfeuerwehr in Deutschland als zeitgemäße Großstadtfeuerwehr zu retten. Die Spezialistinnen und Spezialisten für alle Fälle brauchen eine fundierte Ausbildung in einem Umfeld auf dem neusten Stand. Die Realität sieht aber anders aus. Davon haben wir uns bei einem Besuch bei der Feuerwehrakademie in Schulzendorf überzeugen können. Auf dem Kasernengelände von 1936 in unmittelbarer Nähe zu einer neuen Wohnbebauung, an maroden, gesperrten Übungstürmen und in unbeheizten Übungshallen für die Notfallrettung ist die Ausbildung besonders in

den Wintermonaten fast unmöglich. Wegen des Entwässerungssystems sind Schaumübungen auf dem Gelände untersagt worden – heutzutage wird aber ein Großteil der Brände mit Schaum statt mit Wasser gelöscht. Dive Feuerwehrleute begegnen dieser desaströsen Situation mit einem beeindruckenden Improvisationstalent, um die Ausbildung zu gewährleisten. Und mit einem ausgearbeiteten Vorschlag: Die Feuerwehrakademie hat in den Hangars des Flughafens Tegel den optimalen Übungsplatz der Zukunft entdeckt. Wir sagen: Lieber Senat, so geht sinnvolle Nachnutzung!

Ramona Pop, MdB, Fraktionsvorsitzende

Chefsache ohne Chef

Wer nicht informiert ist, kann auch keine Fehler machen. Wie aktuell Thomas de Maizière in der Drohnenaffäre, berief sich der Regierende Bürgermeister Wowereit im BER-Untersuchungsausschuss darauf, dass er über große Probleme und Verzögerungen nicht informiert worden wäre und insofern auch keine Verantwortung für Baupannen und Milliardenmehrkosten hat. Das kann nicht wahr sein. Ein Aufsichtsrat muss nicht jeden Tag auf der Baustelle sein, aber er muss wissen, was läuft. Die großen Linien kennen, Termine und Kosten im Blick haben. Das macht niemand mit links. Gerade ein Aufsichtsratsvorsitzender, wie Klaus Wowereit es bis zum Januar 2013 war, hat eine herausgehobene Verantwortung. Der Berliner Corporate Governance Kodex verlangt von Vorsitzenden engsten Kontakt zur Geschäftsführung und ein Engagement, das über die normalen drei bis vier Sitzungen des Gremiums pro Jahr deutlich hinaus geht.

In der Befragung war der Zeuge Wowereit nicht willens oder in der Lage, den zeitlichen Umfang seiner Aufsichtsratsstätigkeit zu benennen. Vermutlich wegen des geringen Umfangs. Der Untersuchungsausschuss hat deshalb auf unseren Antrag hin beschlossen, den Terminkalender des Regierenden Bürgermeisters für die Jahre 2009 bis 2012 als Beweismittel anzufordern. Wir wollen wissen, wann der Aufsichtsratschef sich mit den tatsächlichen Problemen vor der geplatzten Eröffnung des Flughafens im Sommer 2012 befasst hat. Kurz zuvor gab es verschiedene sehr kritische Einschätzungen und Warnungen. Wenn das alles wirk-

lich am Aufsichtsratschef vorbeigegangen ist, dann wäre er nicht nur schlecht informiert gewesen, sondern hätte auch organisatorisch versagt.

Andreas Otto, MdB

Eine City-Tax für Berlin gut gedacht, schlecht gemacht

Nach langjährigem Drängen insbesondere von Seiten der Grünen hat der Senat das Gesetz für die sogenannte City-Tax am 16. Mai 2013 dem Berliner Abgeordnetenhaus vorgelegt. Es wird jedoch einiges nachzubessern sein: so fordern wir als erstes, Jugendliche unter 18 Jahren und Schüler von der Steuer zu befreien. Aber auch die grundsätzliche Konstruktion, den Hotelier zum Steuerschuldner zu machen und die City-Tax nicht als Sonderabgabe zu gestalten, wird von uns kritisiert. Denn eine Zweckbindung der Gelder ist bei einer Steuer, wie sie Nußbaum plant, nicht möglich. Und insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Zensus-Ergebnisse und dem damit im Berliner Haushalt entstehenden Einnahmerückgang ist es fraglich, ob die Einnahmen aus der City-Tax da ankommen, wo sie hingehören.

Und wir sind nicht allein mit unseren Forderungen, wie wir bei einer Diskussion mit über 100 Gästen aus Kultur und Tourismus zur Einbringung des Gesetzes erfahren durften – wenn auch nicht immer aus den gleichen Beweggründen. Senator Nußbaum hat anscheinend nicht nur vorbei an der Stadtgesellschaft gehandelt, auch seine eigenen Leute scheinen anderer Meinung zu sein – wie sonst ist zu erklären,

dass das Gesetz von der Koalition nun durch vier Ausschüsse geschoben wird... Wir arbeiten weiter daran, dass für Berlin eine City-Tax eingeführt wird, die umsetzbar und juristisch wasserdicht ist. Für den Erhalt von Berlins vielfältiger Kulturszene und für eine nachhaltige, verträgliche Tourismusentwicklung in Berlins Kiezen!

Nicole Ludwig

Funktionierende Jobcenter Erwerbslose haben darauf Anspruch

Seit Ende August 2012 liegt der Ergebnisbericht der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) zur Evaluation der Organisation und Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Berlin vor. Rund sieben Monate schmorste dieser brisante Bericht in der Verwaltung, bis er Anfang März öffentlich zugänglich wurde. Er legt die Probleme in den Jobcentern offen und gibt gleichzeitig Empfehlungen zur Problemlösung. Bisher ignorieren SPD und CDU den Bericht, niemand aus der Regierungskoalition hat sich im Rahmen der Beratung im Fachausschuss zu ihm geäußert. Im Jobcenter würde man so ein Verhalten einen Verstoß gegen die Mitwirkungspflicht nennen und dieser wird sanktioniert. Auf jeden Fall ist dieses Verhalten ignorant gegenüber den betroffenen 570 000 BerlinerInnen, die in Bedarfsgemeinschaften leben und einen Anspruch auf eine gute Betreuung durch die Jobcenter haben!

Aber auch der Senat hat die Dimension des Problems noch nicht erkannt. Nach über sieben Monaten werden keine geeigneten Maßnahmen zur Lösung der Probleme präsentiert, die für strukturelle Veränderungen und damit für mehr Zielgenauigkeit und Transparenz sorgen würden. Stattdessen kriert der Senat ein Bürokratiemonster aus Arbeits- und Lenkungsgruppen, die sich mit dem Bericht befassen sollen. Dies, obwohl der vorliegende Bericht bereits das Ergebnis von Arbeitsgruppen ist, an denen, die Bezirke, die Jobcenter, aber auch die Hauptverwaltung beteiligt waren. Problemlösungen werden damit auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Mit unserem Antrag „Arbeit der Jobcenter effektiver gestalten“ fordern wir den Senat auf, die Empfehlungen aus dem Ergebnisbericht zur Evaluation der Organisation und Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende umgehend umzusetzen.

Sabine Bangert, MdB – Sprecherin für Arbeitsmarkt- und Kulturpolitik

Tempelhof und Tegel Zwei Flughäfen – Zwei Visionen

„Das Paradies ist eröffnet - Der Flughafen ein Museum“, hieß es 2008 auf einem Plakat der Grünen zur Schließung des Flughafen Tempelhof. Darauf zu sehen waren grüne Wiesen, Menschen, die Drachen steigen ließen und die Weite des Feldes genossen. Was damals wie eine Utopie wirkte, ist für Alle, die heute das Tempelhofer Feld besuchen, zur erstaunlichen Realität geworden.

Grüne in den Ausschüssen

Bauen, Wohnen und Verkehr

Andreas Otto, Katrin Schmidberger, Stefan Gelbhaar, Harald Moritz

Stadtentwicklung und Umweltschutz

Antje Kapek, Silke Gebel, Michael Schäfer, Dr. Turgut Altug

Bildung, Jugend, Familie

Özcan Mutlu, Marianne Burkert-Eulitz, Stefanie Remlinger, Thomas Birk

EuroBund, Medien

Anja Schillhaneck, Özcan Mutlu, Stefan Gelbhaar, Andreas Otto

Gesundheit und Soziales

Jasenka Villbrandt, Martin Beck, Heiko Thomas, Benedikt Lux

Inneres, Sicherheit, Ordnung

Benedikt Lux, Thomas Birk, Dirk Behrendt, Canan Bayram

Integration, Arbeit,

Berufliche Bildung und Frauen

Susanna Kahlefeld, Sabine Bangert, Stefanie Remlinger, Anja Kofbinger

Kultur

Sabine Bangert, Susanna Kahlefeld, Katrin Schmidberger, Thomas Birk



Foto: Blumenbiene - Flickr CC



**Nicht nur Honig:
Bienen in Berlin**

Die Bestäubung unserer Kulturpflanzen erfolgt zu 80 Prozent durch Honigbienen. Sie tragen damit zugleich zum Erhalt der Artenvielfalt bei, da sie für viele andere Lebewesen die Nahrungsgrundlage sichern. Die Bundesregierung schätzt den volkswirtschaftlichen Nutzen der Honigbiene allein in Deutschland auf über zwei Milliarden Euro. Ihre ökonomische Bedeutung wird auch dadurch deutlich, dass in Deutschland derzeit von über 95.000 Imkerinnen und Immer circa 700.000 Bienenvölker gehalten werden. Diese decken mit etwa 25 000 Tonnen Honig pro Jahr etwa 20 Prozent des heimischen Bedarfs. Dieses Naturwunder ist jedoch in höchster Gefahr: Nach einem Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen ist in den vergangenen Jahren die Bienenpopulation in Europa und den USA um bis zu 30 Prozent zurückgegangen, in manchen Weltregionen sogar um bis zu 85 Prozent. Die Gründe für das Bienensterben sind vor allem zerstörte Lebensräume, der Klimawandel und die industrielle Landwirtschaft.

Dagegen fühlen sich die Bienen in den Städten offenbar immer wohler. Hier gibt es vom Frühling bis zum Herbst ein reichhaltiges Nahrungsangebot. So verwundert es auch nicht, dass die Zahl der Berliner Stadtimkerinnen und -imker in vergangenen Jahren gestiegen ist. Die Bündnisgrüne Fraktion im Abgeordnetenhaus hat den Senat daher mit einem Antrag aufgefordert, sich stärker für den Schutz der Bienen in der Stadt zu engagieren. Schon heute gibt es im Berliner Stadtgebiet Bienenvölker auf dem Berliner Dom, auf dem Haus der Kulturen der Welt, auf dem Rathausgelände in Kreuzberg und auf dem Berliner Abgeordnetenhaus. *Dr. Turgut Altug*

Fortsetzung Tempelhof und Tegel
Das zeigt: Eine Zukunftsvision zu haben lohnt sich. Und das gilt auch für Tegel. Menschen aus der ganzen Welt kommen nach Berlin, um den spektakulären Park für Zukunftstechnologien, das Stadt- und Wohnquartier und das Modellprojekt für studentisches Wohnen zu besichtigen, zu bewundern und zu kopieren. Tempelhof ist heute schon ein besonderer Ort, der weltweit seinesgleichen sucht. Die derzeitigen und künftig möglichen Nutzungen des Feldes müssen in Einklang gebracht und die Potenziale der angrenzenden Kieze genutzt werden. Nur so wird es eine breite Akzeptanz für die weitere Entwicklung dieses Ortes geben. Zur weiteren Entwicklung beider Flughäfen hat der Senat jeweils Masterpläne vorgestellt. Für uns Grüne bedeutet dies, mit unseren Visionen konstruktive Verbesserungsvorschläge zu machen. Im Mai haben wir dem Abgeordnetenhaus den Antrag „Nachnutzung Tegel: Chance für Zukunftstechnologien und ein neues Stadtquartier!“ vorgelegt und werden weiterhin unsere Impulse für eine breite Bürgerbeteiligung an der Entwicklung Tempelhofs einbringen. So wachsen aus Utopien Realitäten – für die Stadt der Zukunft.

*Antje Kappek, MdB,
Fraktionsvorsitzende*



Mauerradweg

„Im Sommer des Jahres 2007 wurde der Berliner Mauerradweg offiziell vom Senat eröffnet. Auf ausgeschilderten und fahrradfreundlichen Wegen führt dieser abwechslungsreich und geschichtsträchtig durch Berlin und entlang der Berlin-Brandenburger Landesgrenze. Er tangiert wichtige Stadtplätze, historische Orte und führt durch einzigartige Natur, die im Schatten der Mauer entstehen konnten. – In der vorliegenden Broschüre wird die Tour entlang des ehemaligen Grenzstreifens in dreizehn Etappen gegliedert. Anfang und Ende einer Route liegen immer an einem Bahnhof. Download unter: www.gruene-fraktion-berlin.de/publikationen

Es finden 2013 wieder an einigen Samstagen von Mai-September geführte Radtouren mit Michael Cramer, MdB, verkehrspolitischer Sprecher, statt. > www.michael-cramer.eu/berlin/berliner-mauer-radweg
20. Juli 2013, Startzeit 14.00 Uhr
Hauptbahnhof Potsdam (nördlicher Zugang) – Bahnhof Staaken
3. August 2013, Startzeit 14.00 Uhr
Bahnhof Staaken – Bahnhof Hennigsdorf
17. August 2013, Startzeit 14.00 Uhr
Bahnhof Hennigsdorf – S-Bahnhof Hermsdorf
31. August 2013, Startzeit 14.00 Uhr
S-Bahnhof Hermsdorf – S-Bahnhof Wollankstraße
14. September 2013, Startzeit 14.00 Uhr
S-Bahnhof Wollankstraße – Potsdamer Platz

Chefsache Klimaschutz

Was war das für ein Presse-Tam-Tam, als Klaus Wowereit den Klimaschutz im Juli vor fünf Jahren zur Chefsache machte! Einen zweiten Medienrummel gab es, als er kurz darauf ein „Berliner Klimabündnis“ mit Unternehmen gründete. Was ist seitdem passiert? Berlin ist im Bundesländervergleich Erneuerbare Energien auf den letzten Platz abgerutscht und während Deutschland seine CO2-Emissionen jährlich nur um ein Prozent reduziert waren es in Berlin sogar nur 0,2 Prozent. Als wir am 30. Mai im Abgeordnetenhaus eine Bilanz der „Chefsache Klimaschutz“ hören wollten, ging Wowereit nicht ans Redepult sondern schickte seinen Umweltsenator. Aber auch er konnte nicht erklären, warum die versprochene „Gesamtstrategie CO2-Sanierung“ und das Finanzierungskonzept zum Klimaschutz in öffentlichen Gebäuden nach fünf Jahren immer noch nicht fertig sind.

Doch Klimaschutz ist für BerlinerInnen ein zentrale Thema: 265 000 Unterschriften für das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ verlangen, ein Stadtwerk zu gründen. Das entspricht unseren Grünen Plänen, für die Nutzung erneuerbarer Energien und Wärmedämmung für öffentlichen Liegenschaften und Gebäude. Mit einem Volksentscheid zur Bundestagswahl wird Klimaschutz wirklich zur Chefsache – denn der Souverän sind die Berlinerinnen und Berliner.

*Michael Schäfer, MdB,
Sprecher für Energiepolitik
 Andreas Otto, MdB,
Sprecher für Bauen und Wohnen
 Nicole Ludwig, MdB, Sprecherin für
 Wirtschaft, Haushalt und Tourismus
 Dr. Turgut Altug, MdB, Sprecher
 für Natur- und Verbraucherschutz*

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN

NEWSLETTER

Herzlich Willkommen zum Newsletter

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

wir freuen uns, Ihnen und Euch den ersten Newsletter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zuzusenden. Ab sofort informieren wir immer dienstags nach der Plenarsitzung des Berliner Abgeordnetenhauses über die aktuellsten Themen der Hauptstadt, über die wichtigsten politischen Initiativen und Beschlüsse der grünen Fraktion, unsere Arbeit in den fachpolitischen Ausschüssen, anstehende Veranstaltungen und unsere neuesten Publikationen. Außerdem liefert der Newsletter informative Hintergrundartikel zum politischen Geschehen in Berlin.

Im vergangenen Plenum waren die Fahrpreiserhöhungen der BVG und das Berliner Klimastadtwerk unsere wichtigsten Themen. Clara Herrmann, Sprecherin für Strategien gegen Rechts, hat den Sozialsenator Czaja außerdem erneut zum Verbleib des Staatssekretärs Büge im Senat befragt. Büge ist Mitglied bei der Burschenschaft Gothia, die wiederum dem ultrarechten Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ angehört. Wir und die anderen Oppositionsfraktionen fordern daher weiter geschlossenen Büges Rücktritt – freiwillig oder durch Entlassung.

Weitere Themen sind der aktuelle Berlin Trend, die Senatsentscheidung der Bürgerinitiative „100% Tempelhofer Feld“, die Diskussion über die Wasserklage und die Wirtschaftszusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg.

Wir wünschen Ihnen und Euch viel Spaß beim Lesen!

Der Flyer aus dem Abgeordnetenhaus immer dienstags nach der Plenarsitzung www.gruene-fraktion-berlin.de/newsletter

➤ **Grüne in den Ausschüssen**

Petition

Anja Kofbinger, Harald Moritz

Sport

Martin Beck, Anja Schillhaneck, Claudia Hämmerling

**Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung**

Benedikt Lux, Canan Bayram, Dirk Behrendt, Dr. Turgut Altug

Verfassungsschutz

Benedikt Lux, Clara Herrmann

Wirtschaft, Forschung und Technologie

Bola Olalowo, Michael Schäfer, Nicole Ludwig, Heiko Thomas

Wissenschaft

Anja Schillhaneck, Bola Olalowo, Jasenka Villbrandt

Hauptausschuss

Clara Herrmann, Stefanie Remlinger, Nicole Ludwig, Heiko Thomas, Jochen Esser

Mitmachen thematisch Landesarbeitsgemeinschaften

Bildung

14-tägig, Mittwoch 19.30 Uhr im *Abgeordnetenhaus (AH) Stefanie Remlinger, 030-23 25-24 73 stefanie.remlinger@gruene-fraktion.de Torsten.Wischnowski@gruene-pankow.de

Bio und Gentechnik

2. Montag 19:30 Uhr, im Grünen Igel-Büro, Dresdner Str. 10, 10999 Berlin Joachim Eul, Tel. 030-623 4145 joachim.eul@snafu.de Marion Schmidt, noiram7@freenet.de

Bündnisgrüne ChristInnen

3. Donnerstag 19.15 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82 oder im *AH Alexander Barthel, lag.christinnen@gruene-berlin.de

Demokratische Rechte

14-tägig, Montag 19.30 Uhr im *AH Axel Bussmer demrecht@gruene-berlin.de

Drogenpolitik

2. Dienstag 20 Uhr, Grünes Igel-Büro, Dresdener Str. 10, 10999 Kreuzberg, Tibor Harrach LagDrogenBerlin@aol.de

Energie Brandenburg Berlin

4. Mittwoch 18.30 Uhr, Ort bitte erfragen Marion Hasper, marion.hasper@umtech.com 0162/905 45 00

Europa

14-tägig Montag 19 Uhr im*AH Angela Schultz-Zehden, Christian Beck lag-europa@gruene-berlin.de

Frauen- & Geschlechterpolitik

3. Mittwoch 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle Christoph R.Alms und Friederike Schwebler christoph.alms@gruene-berlin.de

Frieden & Internationales

monatlich Montags, 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle, Julija Uzinova, Martin Wilk, Martin.wilk@me.com

Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen! 19.00-21.00 Uhr im *AH wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de

Grüne Jugend Berlin

Montag ab 19 Uhr, in der Dirschauer Str. 13 Friedrichshain, Kati Bachnik, 0176/32 53 04 17 Robin Völker, 0176/99983094 info@gruene-jugend-berlin.de Website gj-berlin.de, twitter.com/gjberlin

Kultur

3. Mittwoch und unregelmäßig „Kultur on Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen, Notker Schweikhardt, 0172/3 81 80 07 notker.schweikhardt@gruene-berlin.de Antonia Simon, 0171/4 64 50 11 antoniasimon@gmx.de

Medien

einmal im Monat Montags um 19:30 Uhr im *AH (Termin bitte erfragen), Matthias Tang 0171/7 03 54 92, matthias.tang@gruene-berlin.de

Migration

letzter Mittwoch im *AH, Alexander Klose alexander.klose@fu-berlin.de

Mobilität

1. Mittwoch (Ort/Termin bitte erfragen) Martin Kasztantowicz, Theresa Theune lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

Netzpolitik

1. oder 2. Donnerstag, Ort/Termin siehe Website Tobias Schwarz, Sandra Mamitzsch netzpolitik@gruene-berlin.de

QueerGrün

letzter Mittwoch um 19 Uhr im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1 Maria Meisterernst, Ulli Reichardt queer@gruene-berlin.de

Umwelt

Ort und Termin bitte erfragen Wiebke Lemmert, 030-83 10 63 63 umwelt@gruene-berlin.de

Wirtschaft & Finanzen

14-tägig Donnerstag 19 Uhr, in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1, Wolfgang Remmers, lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

Wissenschaft

1. Mittwoch 18.30 Uhr im *AH Eva Marie Plonske, Michael Greiner Evamarie.Plonske@gruene-fraktion-berlin.de Michael.Greiner@gruene-berlin.de

AG Aktiv gegen Rechts

3. Mittwoch 19.30 Uhr (Ort bitte erfragen) Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de daniel.gollasch@gruene-berlin.de

AK Grundsicherung/Grundeinkommen

3. Mittwoch 19 Uhr, im *AH Joachim Behncke ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

AG Mensch und Tier

alle 2 Monate letzten Mittwoch, 19 Uhr im *AH Christina Söhner, Christina.Soehner@gmx.de

AG Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

letzter Freitag 18 Uhr im *AH Johannes Wätzmann, ag-bauen@gruene-berlin.de

AG Verbraucherschutz

1. Mittwoch 19 Uhr im *AH Tilo Fuchs, Tilo.fuchs@gruene-berlin.de Turgut Altug, 0163/1 58 26 77 Turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin Tel.: 6 15 00 50 - Fax: 61 50 05 99 E-Mail: info@gruene-berlin.de Mo-Do von 10-13 und 14-18 Uhr Fr von 10-14 Uhr

*Abgeordnetenhaus (AH) von Berlin Niederkirchner Str. 5, 10111 Berlin 5 Minuten vom S-Bhf Anhalter Bahnhof und vom Regional-, S- und U-Bahnhof Potsdamer Platz

➔ www.gruene-berlin.de

Mitmachen vor Ort Kreisverbände



Charlottenburg-Wilmersdorf

Wilmersdorferstraße 60/61, 10627 Berlin Tel.: 86 42 33 00 - Fax: 86 39 78 65 E-Mail: kv@gruene-cw.de www.gruene-cw.de

Friedrichshain Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin Tel.: 6 14 31 46 - Fax: 6 14 31 42 E-Mail: info@frieke.de www.frieke.de oder www.gruene-xhain.de

Lichtenberg

Rudolf-Reusch-Straße 16, 10367 Berlin Tel.: 32 53 42 39 - Fax: 40 03 68 20 E-Mail: buero@gruene-lichtenberg.de www.gruene-lichtenberg.de

Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin Tel.: 5 41 40 19 - Fax: 70 24 88 95 E-Mail: info@gruenemarzahnellersdorf.de www.gruenemarzahnellersdorf.de

Mitte

Hessische Str. 10, 10115 Berlin Tel.: 45 08 28 18 - Fax: 45 08 28 20 E-Mail: mitte@gruene-berlin.de www.gruene-mitte.de

Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin Tel.: 67 12 08 12 - Fax: 67 12 08 11 E-Mail: info@gruene-neukoelln.de www.gruene-neukoelln.de

Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin Tel.: 50 18 03 39 - Fax: 50 18 03 41 E-Mail: buero@gruene-pankow.de www.gruene-pankow.de

Reinickendorf

Brunowstraße 49, 13507 Berlin Tel.: 80 92 68 99 - Fax: 9 02 94 21 91 E-Mail: kreisverband@gruene-reinickendorf.de www.gruene-reinickendorf.de

Spandau

Jagowstr.15, 13585 Berlin Tel.: 3 35 97 14 - Fax: 3 36 02 73 E-Mail: alspondau@freenet.de www.alspondau.de

Steglitz-Zehlendorf

Schildhornstr. 91, 12163 Berlin Tel.: 85 07 41 53 - Fax: 85 07 41 54 E-Mail: kreisverband@gruene-suedwest.de www.gruene-suedwest.de

Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1, 10827 Berlin Tel.: 53 60 41 46 E-Mail: kiezbueero@gruene-ts.de www.gruene-ts.de

Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin Tel.: 65 49 42 30 E-Mail: treptow-koepenick@gruene-berlin.de www.gruene-treptow-koepenick.de

Grüne Jugend Berlin

Madeleine Richter, Tel. 0176/70 57 31 87 Vito Dabisch, Tel. 0157/75 36 26 22 E-Mail: vorstand@gruene-jugend-berlin.de www.gruene-jugend-berlin.de

einige Abkürzungen, nicht schön, aber nützlich

- AG** Arbeitsgemeinschaft
- BAG** Bundesarbeitsgemeinschaft
- BDK** Bundesdelegiertenkonferenz = Bundesparteitag
- BFR** Bundesfinanzrat = Gremium der Landesschatzmeister
- BGS** Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)
- BI** Bürgerinitiative
- BTW** Bundestagswahl alle vier Jahre
- BuVo** Bundesvorstand
- FR** Finanzrat
- GJ** Grüne Jugend
- HBS** Heinrich-Böll-Stiftung
- KGS** Kreisgeschäftsstelle
- KV** Kreisverband
- LAG** Landesarbeitsgemeinschaft
- LaVo** Landesvorstand
- LDK** Landesdelegiertenkonferenz = Landesparteitag
- LFR** Landesfinanzrat = Gremium der Kreisschatzmeister
- LGS** Landesgeschäftsstelle
- LA** Landesausschuss = kleiner Parteitag auf Landesebene
- LR** Länderrat = kleiner Parteitag auf Bundesebene
- LV** Landesverband
- MdB** Mitglied des Bundestages
- MdE** Mitglied des Europaparlaments
- MdL** Mitglied des Landtags (Flächenland)
- MdA** Mitglied des Abgeordnetenhauses
- MV** Mitgliederversammlung
- OV** Ortsverband

zum Inhaltsverzeichnis

Alle Kreisverbände und (Landes-)Arbeitsgemeinschaften treffen sich regelmäßig. Du bist jederzeit willkommen zu schauen, Dich auszuprobieren, Themen einzubringen... – egal ob regelmäßig oder so, wie es passt.

TERMINE

■ 14.08.2013 – Landesausschuss 19.30 Uhr, Bundesgeschäftsstelle

■ 15.08.-17.08.2013

Sommerklausur Abgeordnetenhausraktion

■ 28.09.2013 – Länderrat Berlin: Uferstudios, Badstr. 41a

■ 19.-20.10.13 – Bundesdelegiertenkonferenz Berlin, Veldrom, Paul-Heyse-Straße 26

■ 25.10.2013 – MigrantInnen-Unternehmen und Grünes Wirtschaften, Wirtschaftskongress 16.00 Uhr, Abgeordnetenhauses